

Arbeiterpolitik

6. JAHRGANG
NUMMER 3
7. AUG. 1965

INFORMATIONSBRIEFE DER BREMER GRUPPE

Nach Einstellung der „Arbeiterpolitik“ im September 1959 machte es sich die Bremer Gruppe zur Aufgabe, die Verbreitung unserer politischen Meinung und Untersuchungen fortzusetzen, den notwendigen Kontakt zu den Genossen in den anderen Städten und Landesteilen zu schaffen. Mit den „Briefen an unsere Leser“ machten wir den Anfang.

Charakteristisch für die „Briefe“ wurde, daß in jeder Ausgabe im Leitartikel als weltpolitische Übersicht die grundlegenden internationalen Bewegungen untersucht und erklärt wurden. Daneben sind innenpolitische, jedoch meist lokale Ereignisse, die allgemeine Züge hatten, untersucht worden. Trotz des zum Teil lokalen Charakters sind die „Briefe“ nicht auf Bremen begrenzt geblieben. Das gibt uns den Mut, die begonnene Arbeit so fortzusetzen, daß die von der hektographierten Ausgabe uns auferlegten Schranken hinwegfallen.

Wir wollen mit dem Druck die Tendenz, die sich in den „Briefen“ entwickelte, verbessern. Es ist heute notwendiger denn je, Anregungen zum Klassendenken zu geben. Nur über diesen Weg kann sich ein sicherer und selbstbewußter Kader in der Arbeiterklasse entwickeln, ohne den es keine politisch wirksame Arbeiterbewegung geben kann.

Der Name „Arbeiterpolitik“ (Arpo) als Titel des vorliegenden Briefes ist seit einem halben Jahrhundert eine Auszeichnung und eine Verpflichtung.

In den düsteren Tagen des ersten Weltkrieges, als die so stark, so mächtig erscheinende Sozialdemokratische Partei, der Stolz und die Hoffnung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands, zerbrach, schufen Bremer Arbeiter unter Entbehrungen, Verleumdungen und Verfolgungen aller Art ein Organ der linksradikalen Richtung, die „Arbeiterpolitik“. Es war das Bestreben, in dieser Wochenzeitung unter Mitarbeit von Knief, Dannat, Karl Stucke, Pannekoek, Radek, Mehring und vielen anderen die politische Situation und die geschichtlichen Triebkräfte klar, scharf und unabhängig von den zufälligen Tageserscheinungen vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus zu sehen und der Arbeiterklasse darzulegen.

Damals – wie heute – belächelten arrivierte Bonzen hochmütig-herablassend die „längst überholten marxistischen Lehren“, von denen sie damals so wenig verstanden wie sie heute davon verstehen.

Damals – wie heute – bemühte man sich, der Arbeiterschaft einzureden, daß der Klassenstandpunkt durch die moderne Entwicklung längst überholt sei und daß alle Glieder der Gesellschaft Mitarbeiter an einem Werke seien.

Und damals – wie heute – beeilte man sich, die Arbeiter, die sich von diesen „neuen Erkenntnissen“ nicht überzeugen lassen wollten, zu verleumden, zu verschmähen oder Gewalt gegen sie anzuwenden.

Die Entwicklung gab zu der Zeit der „Arbeiterpolitik“ recht; sie wurde die beste Stütze des wieder kämpfenden Proletariats.

Diese Zielstrebigkeit, der entschlossene Klassenstandpunkt als Maßstab ist heute notwendiger denn je. Mit dem Titel „Arbeiterpolitik“ dokumentieren wir unsere Verbundenheit mit den diesem Titel verknüpften Zielen und Leistungen.

Die Bremer Links- radikalen

*Aus der Geschichte der Bremer
Arbeiterbewegung bis 1919*

Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen



Johann Knief,
geb. 20. April 1880
gest. 6. April 1919

"Von Knief heute lernen, heisst: selbständig
und kritisch denken; heisst: Fehler erkennen
und den Mut haben, sie einzugestehen und zu
korrigieren."

(Arbeiterpolitik, Nr. 9 Mai 1954, Nordd. Arbeiter-
stimme).

l. Schneider
Berlin 173

Vorwort

Über die Geschichte der Bremer Linken ist schon – trotz ihrer Bedeutung – wenig geschrieben worden. Umso mehr ist es
eine Übersicht über diese Bewegung geben. Die
Bewegung ist vielfach interessiert. Die Erfahrungen der
Vorläufer sind heute und der Zeit des 1. Weltkrieges
noch nicht konkret auf die Gegenwart übertragen. Und
zu zeigen, wie aus den historischen Bedingungen die
Bewegung als Arbeiterbewegung entstand. Sie hat in
diesem Kampf der kommunistischen Partei
als Teil dieser Bewegung angetreten, wie diese Partei
eine neue Entwicklung auf die Bewegung selbst
und in die Partei zu sehen vermochte.
Nicht, wie viele Arbeiter einer neuen Arbeiterbewegung
in der Bundesrepublik Deutschland zu finden sind,
wobei die Frage ist: „Welche Bewegung?“
– Welche Bedeutung kommt dem Faktor der
Klassen zu?

Wird nur im Sozialismus verankert werden können. –
durch die Macht der Klasse –
tun die Kontakte zu den Arbeitern –
Denn die Arbeiter hatten nicht die Verhältnisse der
und können sich nicht in
historischen Fakten, die in
Arbeiterbewegung, die sich auf
für diese Klasse im Kampf für den Sozialismus eine große Bedeutung

Die Bremer Linksradikalen

Die Bremer Arbeiter, die Anfang unseres Jahrhunderts aufgrund der
Verhinderung der Gewerkschaft in der Schulpforte politisiert wurden und
sozialistische Ideen nahen in der Bremer Arbeiterbewegung
die entscheidende Rolle für die gewerkschaftliche Fortschritt. Die
Arbeiter waren nicht mehr eine isolierte Arbeiterbewegung
Arbeiterbewegung. Sie standen sich gegenüber mit dem Proletariat dieser Klasse und



Die Bremer Linkskadern

Vorwort

Über die Geschichte der Bremer Linken ist bisher – trotz ihrer Bedeutung – keine angemessene Veröffentlichung erschienen. Unsere kurze historische Übersicht soll einen Einblick in diese Bewegung geben. Die rückblickende Betrachtung ist zweifellos interessant. Die Erfahrungen aus der Vorkriegssozialdemokratie und der Zeit des 1. Weltkrieges lassen sich jedoch nicht konkret auf die Gegenwart übertragen. Uns kommt es darauf an zu zeigen, wie aus den materiellen Bedingungen die Bewegung der Arbeiterschaft entstand, wie sich in diesen Kämpfen der kommunistische Kader als Teil dieser Bewegung entwickelte, wie dieser Kader durch seine theoretische Entwicklung auf die Bewegung Einfluß erhielt und in die Räterepublik zu führen vermochte.

Heute, wo erste Ansätze einer neuen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu finden sind, werden die Fragen: Wie entsteht Bewegung? – Welche Bedeutung kommt den Kadern zu? – Welche Rolle spielen die Intellektuellen? – ausgiebig diskutiert. Die fortgeschrittenen Studenten, die erkannt haben, daß letztlich ihre Vorstellungen von der Universität nur im Sozialismus verwirklicht werden können, – dieser aber nur durch die Macht der kämpfenden Arbeiterklasse erreicht werden kann – suchen Kontakte zu den Arbeitern und stoßen dabei auf Schwierigkeiten; denn die Studenten kennen nicht die Verhältnisse der arbeitenden Klasse und können sich nicht in die Mentalität der Arbeiter hineinversetzen. Die historischen Fakten, die in dieser Schrift dargelegt werden, zeigen, daß die Intellektuellen, die sich auf den Boden der Arbeiterklasse gestellt haben für diese Klasse im Kampf für den Sozialismus eine große Bedeutung haben.

Die Bremer Lehrer, die Anfang unseres Jahrhunderts aufgrund der Verschärfung der Gegensätze in der Schulpolitik politisiert wurden und zur Sozialdemokratie stießen, sahen in der damals kämpfenden Arbeiterklasse die entscheidende Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Lehrer setzten sich dafür ein, dieser aufstrebenden, bildungshungrigen Klasse voranzuhelfen. Sie stellten sich ganz auf den Boden dieser Klasse und

wurden führende Köpfe der Arbeiterbewegung. Als Teil der Bewegung wurden sie von den für den Sozialismus kämpfenden Arbeitern verehrt. Die revolutionären Studenten an den Universitäten haben heute Aufgaben, die im Prinzip denen von Pannekoek, Knief, Eildermann, Böse, Rumpf, Holzmeier und Hurrelmeyer entsprechen. Bei der Herausbildung und Festigung der Kader kam den Intellektuellen in der Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung zu. Mit der marxistischen Methode waren sie fähig, die gesellschaftlichen Widersprüche zu erkennen und diese den Arbeitern zu vermitteln. Sie erkannten, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann, mittels Agitation und Propaganda die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen, sondern, daß diese durch die Veränderung der objektiven Bedingungen in einen immer größeren Gegensatz zur herrschenden Klasse gerät, daß es ihre Aufgabe ist, die fortgeschrittensten Arbeiter mit dem Wissen auszurüsten, das diese befähigt, als Kristallisationskerne in den Betrieben usw. zu wirken. Damit halfen sie der Bremer Arbeiterbewegung, sich von den sozialdemokratischen Schranken zu befreien.

Das historische Beispiel zeigt klar, daß die Verschärfung der objektiven Widersprüche die Bewegung hervorbringt. Die Kader geben der Bewegung den politischen Inhalt und die Stabilität. Sie sind der entscheidende Kern im Kampf. Politisch entscheidende Bedeutung erhält die Bewegung durch organisierte Gruppen – im fortgeschrittenen Stadium durch die Partei – die die Reife der Bewegung ausdrücken.

Der Klassenkampf forderte von den fortgeschrittenen Arbeitern Einsicht in die Gesetze des Kapitalismus. In einer eigenen Bildungsorganisation eigneten sie sich das von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg erarbeitete Gedankengut an. Die praktischen Klassenauseinandersetzungen, besonders die Werftarbeiterstreiks, bedeuteten für den Kader immer einen Prüfstein für das erworbene Wissen. In diesem Kampf grenzten sich die Linken von den Reformisten und Zentristen (den Verbalrevolutionären) ab und gewannen dadurch die theoretische Klarheit. Sie konnten durch ihr konsequentes Eintreten für die proletarischen Forderungen bei der breiten Arbeiterschaft Vertrauen gewinnen und den Arbeitern bewußt machen, daß der rechte Flügel der Sozialdemokratie, die Reformisten, zu den Hemmnissen der bürgerlichen Gesellschaft zu rechnen ist, die überwunden werden müssen.

In jahrzehntelangem politischen Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung hat Heinrich Brandler (der in jungen Jahren auch von der Bremer Arbeiterbewegung geprägt wurde) Erfahrungen gesammelt, aus denen er nach dem 2. Weltkrieg die wichtige Schlußfolgerung zog, daß die zentrale Aufgabe der Kommunisten die Lösung der Kaderfrage ist:

Unter den komplizierten westeuropäischen Klassenbeziehungen brauchen wir heute (besonders in der Bundesrepublik), selbständig denkende Kader, die handeln können, ohne auf Anweisung von oben, von einer zentralen Stelle, warten zu müssen. Die Geschichte Westeuropas und der deutschen Arbeiterklasse im besonderen hat ein Proletariat hervorgebracht, das sich diese Selbständigkeit sehr wohl erwerben kann. Es ist

unsere Aufgabe, die Arbeit so zu organisieren, daß für den fortgeschrittensten und opferbereitesten Teil der jüngeren Generation der deutschen Arbeiter die Möglichkeit zum Erwerb dieser Qualifikation geschaffen wird. Wenn wir fähig sind, diese Aufgabe zu lösen, beginnen wir die Vorbereitungen der großen Kämpfe an dem entscheidenden Ausgangspunkt. Haben die Kader gelernt, die Entwicklung der Zeitereignisse mit der Methode des historischen Materialismus zu begreifen und ihren Klassengenossen begreiflich zu machen, dann werden sie fähig, selbständig Stellung zu nehmen, unter den schwierigsten Bedingungen die richtigen Maßnahmen zu treffen und der kampfbereiten Masse Hilfe und Führung zu geben. Wir müssen höchstwahrscheinlich in der Bundesrepublik mit Verhältnissen rechnen, wo es nicht möglich sein wird, von einer engen zentralen Leitung in der Aktion alle notwendigen Maßnahmen rechtzeitig und an den verschiedenen Orten in die Wege zu leiten. Durch die historische Entwicklung sind die lokalen Bindungen so verschieden, daß zentrale Leitungen in der entscheidenden vorbereitenden Periode sie nicht bewältigen können. Eine Kaderorganisation, die so sattelfest im Grundsätzlichen und vertraut mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ist, wird auf dieser Basis fähig sein zu handeln, ganz gleich, wie die verschiedenen lokalen Verhältnisse oder wie schwierig die Verbindungsmöglichkeiten auch sein werden.

Bremen, 6. April 1969

Bremer Gruppe Arbeiterpolitik

Die Entwicklung der Bremer Linksradikalen

Im 19. Jahrhundert war Bremen eine Kaufmanns- und Handwerkerstadt. In der bremischen Industrie bestimmten lange Zeit hindurch Kleinbetriebe der Tabak- und Zigarrenfabrikation, der Farbenherstellung, der Textilindustrie und der Branntweinindustrie, Segelmachereien, Seilmacherbetriebe, Weizen- und Ölmühlen das Bild. Durch die starke Expansion des deutschen Kapitalismus änderte sich die bremische Wirtschaftsstruktur um die Jahrhundertwende grundlegend. 1882 wurde die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst und 1897 die Jutespinnerei und Weberei gegründet. In den Jahren 1901 bis 1905 entstand die moderne Werftanlage der AG „Weser“, die in der Folgezeit bis zur Hälfte mit Rüstungsaufträgen ausgelastet war. Die Öl- und die Weizenmühlen erhielten in dieser Zeit moderne Anlagen. 1901 wurde die Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik (Atlas-Werke) gegründet, 1905 die Norddeutsche Automobil und Motoren AG, 1907 die Norddeutsche Waggonfabrik, 1908 die Norddeutsche Hütte und 1911 die Raffinerie am Hafen.

Mit der Wirtschaftsstruktur änderte sich auch die Bevölkerungsstruktur. In der Zeit von 1890 bis 1910 verdoppelte sich die Einwohnerzahl Bremens auf 200 000, die Arbeiterschaft vervierfachte sich auf 34 000. Die Zahl der Bau- und Metallarbeiter wuchs am stärksten. Der Zuwachs ging hauptsächlich auf das Konto der Zuwanderer. Den wandernden Handwerksgesellen bot die schnell wachsende bremische Industrie Arbeitsplätze; deshalb blieben viele von ihnen hier. Die Mehrzahl der zugewanderten Arbeiter kam aus den Gebieten Mittel- und Ostdeutschlands. Im Handwerk aufgewachsen, wurden sie hier aus ihren alten Bindungen herausgerissen und in die kapitalistische Produktionsweise eingegliedert. Sie wurden hart mit der Realität der Klassengegensätze im Kapitalismus konfrontiert. Der Klassenkampf führte sie zur Sozialdemokratie, in der sie die Hauptstütze der revolutionären Kräfte wurden. Da ein Teil der Zuwanderer aus den kleinindustriellen Gebieten Klassenkampf-Erfahrungen und marxistische Bildung in den neuen Wirkungskreis mitbrachte, entwickelte sich in der Sozialdemokratie ein hohes Niveau.

Die verloren gegangenen Bindungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl aus der Handwerkszeit übertrugen die Arbeiter auf ihre Partei. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften waren ihre Organe im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Über die Sozialdemokratie erweiterten sie ihr Wissen und erhielten einen Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Für das einzelne Mitglied begann in der Partei ein neuer Lebensabschnitt: Der Arbeiter begann, sein Leben bewußt zu gestalten und er war sich darüber im klaren, daß er alles der Partei verdankte.

In den Jahren 1900 bis 1905 vollzog sich die Bildungsarbeit der Sozialdemokraten innerhalb des bürgerlichen Goethebundes. Für eine selbständige und vertiefte proletarische Bildungsarbeit setzte sich besonders der von 1904 bis 1909 in Bremen tätige ehemalige Vorsitzende des Hamburger Arbeiterbildungsvereins, Heinrich Brandler, ein. Die russische Revolution von

1905 gab den Anstoß für die Loslösung von der bürgerlichen Bildungsarbeit. Heinrich Schulz begründete vor dem Sozialdemokratischen Verein Bremen (SDVB) den Austritt aus dem Goethebund: Nur durch eine selbständige Bildungsarbeit kann die bürgerliche Ideologie überwunden werden; im Mittelpunkt der Bildungsbemühungen der Arbeiter muß das Studium des Marxismus stehen; die „pädagogische Revolution“ ist eine Begleiterscheinung und Folge des Klassenkampfes; fortschrittliche Wissenschaft und Kunst sollen für das Proletariat „Helferin im Klassenkampf“ sein. Gegen den Widerstand der rechten Sozialdemokraten um Friedrich Ebert und Hermann Rhein beschloß der SDVB den Austritt aus dem Goethebund. Die Bildungsarbeit wurde im Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells weitergeführt. Sie lag jetzt in den Händen der linken Sozialdemokraten. Vor den Arbeitern referierten hauptsächlich Heinrich Schulz, Alfred Henke, Wilhelm Pieck und der junge Lehrer Johann Knief. Ab 1910 arbeitete der holländische Sozialist Anton Pannekoek hauptamtlich als Lehrer für den Bildungsausschuß. Die Veranstaltungen waren nicht selten von 1200 bis 1500 Teilnehmern besucht. Sogar die Seminare, in denen an 5 bis 10 Abenden sozialwissenschaftliche und marxistische Themen behandelt wurden, hatten eine ständige Teilnehmerzahl von über hundert Personen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Linke in Bremen der organisierten Arbeiterjugend. Die Organisation der sozialdemokratischen Jugend war die Junge Garde, bei deren Gründung Heinrich Brandler initiativ mitgewirkt hatte. Für sie wurden marxistische Kurse über den Kampf der Sozialdemokratie, über politische Ökonomie, Geschichte und Kunst abgehalten. Johann Knief war der häufigste Redner in den Bildungsveranstaltungen der Arbeiterjugend, einige fähige junge Genossen wurden auch auf die Parteischule geschickt, auf der Rosa Luxemburg lehrte. Aus dieser Bildungsarbeit gingen führende Köpfe der Bremer Räterepublik von 1919 hervor, wie Adolf Dannat, Johann Brodmerkel, Karl Stucke, Breitmeyer, Braune, Ertinger, Klima, Grabowski.

Von nicht geringer Bedeutung für die Entwicklung der Bremer Sozialdemokratie war die Entwicklung innerhalb der Lehrerschaft. Als in Preußen klerikale Kräfte ihren Einfluß in der Schule ausdehnen wollten, kamen auch in der Bremer Schulverwaltung Bestrebungen auf, den traditionell undogmatischen bremischen Unterricht in biblischer Geschichte in einen starren Katechismusunterricht umzuwandeln, in dem die Schüler gezwungen werden sollten, die kirchlichen Dogmen im Sinne der Untertanenerziehung auswendig zu lernen. Die Schulinspektionen wurden in einer für Bremen fremden und unerhörten Art und Weise zur Beeinflussung des Unterrichts im Sinne orthodoxer Kirchenlehren benutzt. Besonders das Vorgehen des Schulinspektors gegen den Schulreformer Wilhelm Scharrelmann brachte eine große Empörung in die bremische Lehrerschaft. Der Bremer Lehrerverein (BLV) erarbeitete 1905 unter maßgeblicher Beteiligung von Wilhelm Holzmeier eine Denkschrift über die Abschaffung des Religionsunterrichtes in der Schule. Diese Forderung begründeten die Lehrer mit dem Stand der naturwissenschaftlichen Forschung.

Die Aktion der Bremer Lehrer fand ein lebhaftes Echo im In- und Ausland. In Bremen trug sie zur Abgrenzung der „radikalen“ von den „gemäßigten“ Anhängern der Schulreform bei. Viele Lehrer – darunter ein großer Kreis junger Lehrer mit Heinrich Eildermann und Johann Knief an der Spitze, die in dieser Auseinandersetzung um die Modernisierung des Schulwesens in Kontakt mit revolutionären Sozialdemokraten wie Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck kamen – schlossen sich der SPD an. Als „Verein junger Lehrer“ im BLV bildete dieser Kreis zugleich den radikalen Flügel unter den Schulreformern und die linke revolutionäre Strömung unter den sozialdemokratischen Lehrern. „Jacobiner“ nannten sich diese jungen Lehrer selbst. Die Sympathiekundgebungen des Sozialdemokratischen Vereins für die Lehrer, die aufgrund ihrer Haltung in der Aktion des Lehrervereins von der Behörde gemaßregelt wurden, zeigte den Lehrern, wo die Kräfte zu finden sind, die eine radikale Schulreform durchführen können. Im April 1906 eroberten die fortschrittlichen Volksschullehrer die Mehrheit im Vorstand des Bremer Lehrervereins. Hans Lüdeking, Wilhelm Holzmeier und Johann Knief wurden u. a. in den Vorstand gewählt. Johann Knief forderte offen, den schulpolitischen Kampf in den von der Sozialdemokratie geführten Klassenkampf der Arbeiter einzuordnen.

Der Klassenkampf zeigte sich deutlich in den Streiks der Bremer Arbeiter: 1891 streikten die Buchdrucker, 1896 die Hafenarbeiter, 1897 die Schuhmachergesellen und die Arbeiter der Jutespinnerei, 1899 die Tonnen- und Straßenreinigungsarbeiter, 1900 die Bauarbeiter und die Arbeiter des Gaswerks, 1901 die Schneider und Maler, 1903 die Klempnergesellen, die Schuhmachergehilfen, die Arbeiter auf dem „Vulkan“ und die der Rickmers-Reismühle, 1904 wurden die Zimmerer, die Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt, 1905 streikten die Werftarbeiter der AG „Weser“ und die Schneidergesellen. Die Werftarbeiter wurden zum Kern der revolutionären Arbeiter Bremens. 1905 wurde offensichtlich, daß Bremen neben Hamburg zu einem zweiten Zentrum der Werftarbeiterbewegung geworden war. Die Arbeiter stellten Lohnforderungen und kämpften entschlossen gegen die verschärfte Ausbeutung. 2800 Arbeiter der AG „Weser“ wurden vom 28. April bis zum 8. Mai ausgesperrt. Im Juli erfolgten weitere Aussperrungskämpfe, in die auch die Belegschaften anderer Werften verwickelt wurden. Die Arbeiter erzwangen die Erfüllung ihrer Lohnforderungen. Aufgrund ihrer eigenen Streikerfahrungen und durch die Vermittlung der Erfahrungen der russischen Arbeiter aus der Revolution von 1905 setzte sich nach intensiven Diskussionen unter den revolutionären Sozialdemokraten die Meinung durch, daß der Massenstreik ein Mittel zur politischen Lösung der gesellschaftlichen Probleme ist. Schließlich eroberten die Linken auch im Ortsverein die Mehrheit und die Reformisten um den Rechtsschutzsekretär Friedrich Ebert gerieten in die Minderheit.

Aus diesen vielfältigen Ereignissen und Kämpfen des Jahres 1905 datiert die Entwicklung der Bremer Linken.

Die fortdauernde Auseinandersetzung der Lehrer mit der Schulbehörde erreichte 1910 noch einmal einen Höhepunkt: Wilhelm Holzmeier wurde aus

dem Schuldienst entlassen. Die am selben Abend bei Holzmeier versammelten Lehrer waren sich darin einig, den Kampf in aller Konsequenz weiterzuführen. Sie schickten ein von Knief verfaßtes Telegramm an August Bebel, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei: „Die aus Anlaß der Dienstentlassung des Genossen Holzmeier versammelten sozialdemokratischen Lehrer entbieten dem Führer des Proletariats zu seinem 70. Geburtstag ihren herzlichsten Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge“.

Dieses Telegramm führte zu neuen Repressalien gegen die fortschrittlichen Lehrer. Noch am selben Tage, als das Telegramm bekannt wurde, „fuhr die Senatskarosse mit dem Schulsenator Meier von Schule zu Schule, um hinreichend verdächtige Individuen zu vernehmen“ („Roland“, April 1910). Gegen vier Lehrer wurden Untersuchungen eingeleitet, u. a. gegen Sonnemann und Rumpf.

Der Sozialdemokratische Verein organisierte daraufhin unter der Leitung von Wilhelm Pieck Massenkundgebungen und Demonstrationen zur Unterstützung der sozialdemokratischen Lehrer. An den Demonstrationen des 14. März 1910 waren 12 000 Menschen beteiligt. Als Wilhelm Pieck in der Bürgerschaft in einer Rede die Forderungen der Lehrer unterstützte, entzog ihm der Präsident das Wort; die protestierenden Zuschauer auf den Tribünen wurden von der Polizei hinausgedrängt. Ende 1911 schied Johann Knief freiwillig aus dem Schuldienst aus und wurde Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ). Er kam damit einem drohenden Disziplinarverfahren zuvor.

Am 3. April waren die Massen wieder in der Innenstadt, 8000 demonstrierten für ein demokratisches Wahlrecht in Bremen. Am 6. April sprach Rosa Luxemburg vor 4000 Personen über den Wahlrechtskampf. Sie rief die Arbeiter auf, gegebenenfalls mit dem politischen Massenstreik für ihre Forderung zu kämpfen.

Während sich im Reichsgebiet die Zentristen in der Partei durchsetzten, verlief die Entwicklung in Bremen anders. Die Arbeiterschaft kam durch die Werftarbeiterstreiks der Jahre 1910 und 1913 in einen starken Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie. Besonders 1913 kehrten die Gewerkschaftsführer die Organisation und Organisationsdisziplin gegen die Streikenden, kapitulierten vor den Unternehmern und überließen die Arbeiter dem nach dem Streik einsetzenden Unternehmerterror. Die Holzarbeiterzeitung drückte die Erkenntnisse der Arbeiter aus: Die Streikenden sind nicht von den Unternehmern, sondern von der „Kurzsichtigkeit ihrer Vorstände“ niedergedrungen worden.

Diese Streiks bewirkten, daß revolutionäre Auffassungen vom Klassenkampf unter den Bedingungen des Imperialismus in das Bewußtsein des Bremer Proletariats eindringen. Die Bremer Bürgerzeitung (BBZ) half den Arbeitern, zwischen Opportunisten, Zentristen und Linken zu unterscheiden: Chefredakteur Henke wollte zwischen den Gewerkschaftsbürokraten und den Arbeitern vermitteln. Was tat die Linke? Der Kreis um Johann Knief und

Anton Pannekoek, zu dem 1912 Karl Radek stieß, war ständig unter den Arbeitern zu finden. Sie sprachen auf Streikversammlungen und unterstützten voll und ganz die Aktionen der Arbeiter. Sie analysierten die Bewegung und zeigten den Arbeitern, daß die Gewerkschafts-Beamten auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt hinarbeiteten (a. p. korrespondenz). Knief charakterisierte die SPD-Bürokratie gegenüber seinem Freund Rudolf Franz folgendermaßen: „Wie jede andere Bürokratie, so ist auch die unsrige ein Machtmittel geworden. Aber sie wurde kein Machtmittel gegen die staatliche Bürokratie, sondern leistete der staatlichen Bürokratie Vorschub und begünstigte die Ausbeutung der Massen. Keine Instanz ist davon auszuschließen: Parteibürokratie, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie!“

Aus den Streiks zog Anton Pannekoek Schlußfolgerungen, die die weitere Arbeit der Bremer Linken bestimmen sollten: Bei einer scharfen Zuspitzung des Klassenkampfes kommt es weder auf die spezielle Tätigkeit der Funktionäre, noch auf die „Weisheit der Führer“ an, sondern „auf die klare Einsicht und Selbständigkeit der Massen“. Die Führung wird dann von selbst aus den Händen der Führer in die der Massen übergehen. (a. p. korrespondenz, 3. März 1911)

Anton Pannekoek nahm zu den wichtigen Fragen des proletarischen Kampfes in der BBZ, in seiner „a.p. korrespondenz“ und in verschiedenen Broschüren aus marxistischer Sicht Stellung. Er zeigte die Aufgaben revolutionärer sozialdemokratischer Abgeordneter im Parlament auf. Er erläuterte in der Diskussion um den Massenstreik den revolutionären Standpunkt und stellte die Aufgaben der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft theoretisch klar, er popularisierte Marx' Gedankengut. Neben Anton Pannekoek war es Karl Radek, der zur ideologischen Entwicklung der Bremer Linksradikalen entscheidend beitrug. Radek untersuchte u. a. in seiner Broschüre „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse“ die neuen ökonomischen und politischen Klassenkampfbedingungen, die sich nach dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium entwickelt hatten.

Durch ihr konsequentes Eintreten für proletarische Forderungen erwarb sich die Linke das Vertrauen der bremischen Arbeiterschaft. Schon vor Kriegsbeginn wurde Bremen dadurch eine Hochburg der Linksradikalen. Die Streiks und die theoretischen Auseinandersetzungen mit der Bewegung brachten die Mehrheit des Sozialdemokratischen Vereins Bremen hinter die Linke. 1908 vertraten Alfred Henke, Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck den SDVB auf dem Parteitag in Nürnberg. 1912 gehörte Pannekoek zu den Delegierten, 1913 Johann Knief.

Die Bremer Linke sah die Konsequenz ihrer revolutionären Politik klar und propagierte als erste sozialdemokratische Gruppe den organisierten Bruch mit den Opportunisten.

Im Sommer 1914 setzten die Arbeiter alle ihre Hoffnungen auf Verhinderung des drohenden Krieges auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Im Juli veranstalteten Partei und Gewerkschaften Antikriegsveranstaltungen,

die von vielen tausend Arbeitern besucht wurden. Paul Frölich, seit Mai 1914 in Bremen, und Johann Knief stellten als Redakteure der BBZ diese Zeitung ganz in den Dienst der Antikriegskampagne und agitierten für die unmittelbare Aktionbereitschaft der Arbeiter. Ein größeres Echo hatten sie jedoch nur bei den Werftarbeitern. Die SPD-Fraktion bewilligte die Kriegskredite, nachdem vorher der Parteivorstand mit der Bourgeoisie einen Burgfrieden geschlossen hatte. Diese Haltung der Reichstagsfraktion erzeugte bei den revolutionären Arbeitern Verwirrung. Auf der AG „Weser“ wurde unentwegt leidenschaftlich diskutiert, ohne sich um Vorarbeiter und Meister zu kümmern. Vor dem Bremer SPD-Parteibüro wurde demonstriert. Zu weiteren politischen Aktionen reichte die Kraft noch nicht.

Führende Köpfe der bremischen Arbeiterschaft wurden gleich 1914 eingezogen. Die Positionen der Linken wurden somit zu Beginn des Krieges geschwächt. Johann Knief stellte in seinem Regiment den sonst von den bürgerlichen Geschichtsschreibern festgestellten frenetischen Jubel nicht fest. Die Buntentorschen¹⁾ waren nicht von Elan, sondern von einer Friedenssehnsucht beseelt. Pannekoek schilderte die Stimmung der Arbeiter in einem Brief an Fr. Westermeyer in Stuttgart so: „Eine stille dumpfe Erbitterung, verbunden mit dem Gefühl völliger Machtlosigkeit, an Händen und Füßen gefesselt, und kein Führer, der sagt, was zu tun, oder durch seine öffentliche Haltung den Weg zeigt.“

Mit dem Krieg begann eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben. Mit einer geringeren Anzahl von Arbeitskräften sollte die Produktion erhöht werden. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden war keine Seltenheit. Bei fehlerhafter Produktion gab es Lohnabzüge. Die Arbeiter nahmen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hin; ihrer Funktionäre beraubt, mußten sie sich erst wieder auf ihre Kraft besinnen. Auf der AG „Weser“ waren nur noch 1000 Kollegen gewerkschaftlich organisiert, statt 3000 vor dem Kriege. Die sich bildenden revolutionären Keimzellen in den Betrieben wurden immer wieder durch Denunziation gefährdet. Nach dem ersten Kriegsjahr kam zu der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch eine Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen: Im Juli 1915 wurden das Fleisch und die Fleischwaren rationiert, ab August wurde die Brotkarte eingeführt, von Juli 1914 bis Dezember 1915 verteuerten sich die Lebensmittel um 30 Prozent. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutete das eine wachsende Gefährdung ihrer Gesundheit. Die Proletarierkrankheit forderte ihre Opfer.

Die klare politische Haltung, mit der Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter des Reichstages gegen die Kriegskredite stimmte, war für die Bremer Linksradikalen das Fanal zur Sammlung und zur Fortführung des proletarischen Kampfes: Im SDVB bildete sich ein Diskussionszirkel von Kriegsgegnern, dem u. a. Gustav Seiter, Johann Brodmerkel, Karl Stucke, Breitmeyer, Braune, Ertinger, Klima, Grabowski, Ruckstuhl, Hüneck, Buchholz, Störmer, Klawitter, Becker und später Bäumer

¹⁾ Buntentor: Arbeiterviertel Bremens.

angehörten; linke Sozialdemokraten verteilten Antikriegsflugblätter (Hünecke wurde dabei verhaftet); Frauen brachten, als Schwangere getarnt, die Flugblätter unter ihren Kleidern durch den Zoll in die preußischen Vororte Bremens; in Hemelingen wurde vor dem Rathaus eine Frauendemonstration durchgeführt, auf der eine Erhöhung der Unterstützung für die Kriegssopfer gefordert wurde; unter den Soldaten bildeten sich revolutionäre Gruppen; die Junge Garde agitierte erfolgreich gegen den Zwang zur Beteiligung von Jugendlichen an militärischen Übungen.

In der Diskussion um den praktischen Antikriegskampf wurden die Zentristen von den Linksradikalen entlarvt, als Henke theoretisch gegen den Krieg auftrat, als SPD-Abgeordneter jedoch nicht gegen die Kriegskredite stimmte. Johann Knief, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an der Front²⁾, kritisierte Henke als einen Revolutionär in Worten und einen Reformisten der Tat, als einen Internationalisten in Worten und einen Helfershelfer des Sozialchauvinismus in Taten. Die Zentristen gaben ihre Mitarbeit in dem Zirkel der Kriegsgegner auf, so daß dieser die organisatorische Basis der Bremer Linken wurde.

Im Januar 1916 nahm Johann Knief als Vertreter der Bremer Linken an der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ (Spartakusbund) teil. Die Konferenz diskutierte die von Rosa Luxemburg in der Juniusbroschüre entworfenen Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Johann Knief kritisierte, unterstützt von Heinrich Brandler u. a., daß gegenüber den Rechten und Zentristen keine klare Stellung bezogen werde. Zu der Konferenz der Zimmerwalder Linken in Kienthal im April 1916 schickten die Bremer Linksradikalen Paul Frölich als Delegierten für den erkrankten Johann Knief. Paul Frölich konnte in den entscheidenden Punkten, wie in dem entschiedenen Kampf gegen den Zentrismus und für eine neue revolutionäre Internationale, eine Übereinstimmung der Politik der Bremer Linksradikalen mit der Politik Lenins feststellen. In der Zeit um die Kienthaler Konferenz fanden in Bremen Gespräche über die Zusammenarbeit zwischen dem Spartakusbund und der Bremer Gruppe statt.

Auf dem Boden der sozialen Verschlechterungen, durch die Rückkehr Kniefs und Frölichs von der Front und die Entlassung Dannats aus dem Militärdienst konnte die Linke die seit Kriegsbeginn verloren gegangenen Positionen zurückerobern. In den letzten Monaten des Jahres 1915 wurde die BBZ durch Knief und Frölich wieder das Sprachrohr der Linksradikalen. Die rechten Sozialdemokraten zogen für sich die Konsequenzen, brachen im SDVB die Parteidisziplin und gaben ab Januar 1916 eine eigene Zeitung, die „Bremer Correspondenz“ heraus, in der die Burgfriedenspolitik des PV in Berlin verteidigt wurde.

Im Februar 1916 wurde auf einer Mitgliederversammlung eine von Johann Knief verfaßte Resolution angenommen, in der gefordert wurde, daß die BBZ im Gegensatz zu den Revisionisten und Zentristen eine revolutionäre

²⁾ Knief hatte sich geweigert, Geiseln zu erschießen. Durch die bei ihm folgenden seelischen Depressionen wurde er zunächst als wehrunfähig ins Krankenhaus eingeliefert und erholte sich dann in einem niedersächsischen Dorf.

Politik des Klassenkampfes gegen den Krieg verfechten soll. Henke wurde aufgefordert, im Reichstag mit einer öffentlichen Begründung gegen die Kriegskredite zu stimmen. Der Einfluß der Linksradikalen bei der Jugend läßt sich daran messen, daß Willi Eildermann, Leiter der Jungmannschaft des SDVB und Vorstandsmitglied der Jungen Garde im Januar als Delegierter der Jungen Garde für die Arbeiterjugendkonferenz Ostern 1916 in Jena gewählt wurde.

Im Mai wurden zahlreiche rechte Funktionäre des SDVB abgesetzt; die Bürgerschaftsfraktion mußte unter dem Druck der Parteimehrheit den bürgerlichen Haushaltsplan ablehnen, was sie im vorhergehenden Jahr nicht getan hatte. Am 1. Mai 1916 demonstrierten Bremer Arbeiter zum ersten Mal öffentlich gegen den Krieg und für bessere Lebensbedingungen. Im Juni demonstrierten Tausende von Arbeitern, Frauen und Jugendlichen gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht. Die Polizei ging mit der blanken Waffe (Säbel) gegen die Demonstranten vor. Im Juli streikten 4000 Werftarbeiter für mehr Lohn und Lebensmittel und für die Freilassung von Karl Liebknecht. Die Bremer Linke agitierte bei diesem Streik erfolgreich.

Zu diesem Zeitpunkt erreichten die Auseinandersetzungen mit den Zentristen und den Rechten ein Stadium, in dem es den Linksradikalen nicht mehr möglich war, in der BBZ ihre Meinung zu veröffentlichen. Johann Knief gab deshalb ab Juni 1916 für die Bremer Linke die „Arbeiterpolitik-Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ heraus³⁾. Neben Knief, Frölich, Stucke und Dannat schrieben auch Anton Pannekoek, Karl Radek und Lenin für die „Arbeiterpolitik“. Knief suchte gleich bei der Gründung der Zeitschrift bei den linken Gruppen um Unterstützung für die redaktionelle Arbeit. Bei dem Kreis um Rosa Luxemburg und Leo Jogiches stieß er auf Ablehnung. Die Chemnitzer Fritz Heckert und Heinrich Brandler — obwohl von der Spartakuszentrale in dieser Frage unter Druck gesetzt — sagten eine Unterstützung zu und kritisierten die Haltung Leo Jogiches' scharf. Einer der Gründe, die es nicht zu einer praktischen Mitarbeit Brandlers kommen ließen, war ein Artikel Paul Frölichs, in dem dieser forderte: Schluß mit den reformistischen Gewerkschaften. Auf Kniefs Entgegnung, so wichtig sei diese Frage nicht, antwortete Brandler: Für Dich als Schulmeister ist sie auch nicht wichtig; Du weißt nicht um die ungeheure Bedeutung dieser Gewerkschaften, gerade im Krieg.

Knief agitierte in der „Arbeiterpolitik“ dafür, die Illusion in der Arbeiterklasse von der Parteieinheit um jeden Preis zu zerstören. Klare revolutionäre Zielsetzung zeichnete die „Arbeiterpolitik“ aus: „Es gibt keinen Ausweg aus den Wirrnissen, den Widersprüchen und Gegensätzen, den anarchischen Zuständen auf dem Boden des Kapitalismus selbst. Es gibt nur eine Lösung: den Sozialismus!“ („Arbeiterpolitik“, Jahreswende 1917/18) In welchem starkem Maße die Anschauungen der Bremer Gruppe zur Rolle der Masse, zur Rolle der Funktionäre und zur Organisationsfrage durch das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer in den Werftarbeiterstreiks

³⁾ Die erste Ausgabe der „Arbeiterpolitik“ erschien am 24. Juni 1916.

der Vorkriegsjahre geprägt wurden, zeigen diese Zitate: „Wenn die Masse der Proletarier sich so weit emporkämpft, zu solcher Begeisterung und Hingabe, daß sie alles für die Freiheit ihrer Klasse gibt und wagt, dann wird sie fähig sein, die sie bedrückende Macht des Kapitals zu brechen. In diesem Kampf spielen Führer, auch die reformierten, keine Rolle.“ Im Nachsatz wird die Einschränkung gemacht, daß „echte Führer“ wecken, aufklären, vorangehen und entzünden können. („Arbeiterpolitik“, 22. 7. 1916)

„Um es klar und ungeschminkt zu sagen: Das nächste Ziel des Linksradikalismus, die Anwendung seiner neuen Taktik in der jetzigen und künftigen Epoche der Arbeiterbewegung verträgt sich nicht mit den heutigen Organisationsformen der deutschen Arbeiterklasse; es ist nur zu erreichen durch den Kampf gegen diese Formen. Und erst die Überwindung der jetzigen Organisationsformen macht die Bahn frei für den Kampf, für den ersten und wirklichen Kampf um die Eroberung der politischen Macht.“ („Arbeiterpolitik“, 16. 9. 1916)

Finanziert wurde die „Arbeiterpolitik“ durch Spenden der revolutionären Bremer Arbeiter. Ihr Schriftsetzer war Karl Becker, führendes Mitglied der Jungen Garde.

Knief bemühte sich unablässig um die Zusammenarbeit der revolutionären Gruppen in Deutschland, immer mit dem Ziel der Gründung einer linken Partei. Im August 1915 war er mit Paul Frölich in Hamburg, um bei den ideologisch noch nicht klaren Hamburger Linken zur revolutionären Konsequenz beizutragen. Am 4. Juni 1916 nahm er an einer Besprechung des Spartakusbundes teil, die die bessere Zusammenarbeit der linken Gruppen unter der neuen Verhaftungswelle zum Thema hatte. In diesem Sinne sind auch seine Verhandlungen mit August Thalheimer im Herbst 1916 über die Möglichkeit der Übernahme von Artikeln der „Arbeiterpolitik“ durch die der Gruppe „Internationale“ nahestehende Wochenschrift „Der Kampf“ zu verstehen. Thalheimer veranlaßte den gewünschten Abdruck von Artikeln.

In der Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand in Berlin zeigte sich, daß Knief und die Linksradikalen das Vertrauen der Mehrheit der Bremer Parteimitglieder hatten. Entgegen den Beschlüssen des PV und des Parteitages nahmen die Mitglieder auf einer Versammlung am 1. Dezember 1916 eine Resolution an, in der es u. a. hieß: „Die Politik des 4. August 1914 war das Ergebnis der opportunistischen Entwicklung der Vorkriegssozialdemokratie. Die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes ist ihrem Wesen nach bürgerlich und steht damit in absolutem Gegensatz zum Sozialismus und zu den Interessen des klassenbewußten Proletariats. Der Kampf gegen die Bourgeoisie schließt den Kampf gegen den Sozialchauvinismus ein. Ein Mittel des Kampfes gegen die offiziellen Instanzen sind die Beitragssperren.“ Daraufhin schloß der PV den Ortsverein Bremen aus. Die Rechten gründeten einen eigenen Verein. Der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen legte Knief diesen Resolutionsentwurf vor:

1. Die Konzentration des Kapitals ist in den entwickelten Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Bildung der Kartelle, Syndikate und Trusts in den wirtschaftlich bedeutsamsten Zweigen der Industrie, durch den Betrieb

der Landwirtschaft mit den Methoden der kapitalistischen industriellen Produktion sowie durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Banken so weit vorgeschritten, daß die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus schon jetzt ökonomische Notwendigkeit ist.

2. Das historische Problem für die Verwirklichung des Sozialismus besteht in der Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt.

Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute mehr als je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angesichts der Tatsache ferner, daß der Krieg die ... Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst ... die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten, im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3. Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats. Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpazifistische Propaganda des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Aufrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentstribüne zur offenen Losung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung sowie durch sein Versagen, im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewußt, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4. Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluß aller ... linksradikalen Elemente zu einer neuen ... Arbeiterpartei, und sie erfordert schließlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.“ („Arbeiterpolitik“, 24. 2. 1917)

Als der Ausbruch der Russischen Revolution in Bremen bekannt wurde, kam es unter dem Einfluß der Linken zu leidenschaftlichen Diskussionen über das revolutionäre Beispiel der russischen Arbeiter, besonders über die Verbrüderung deutscher und russischer Arbeiter im Soldatenrock an der Ostfront. Am 31. März 1917 legten tausende Bremer Werftarbeiter die Arbeit nieder und zogen in einem Protestmarsch gegen den Krieg durch die Stadt. Die Polizei attackierte auch diese Demonstration wütend. Die Bremer Linke nahm Kontakt zu den revolutionären Matrosen der deutschen Marine auf. Die „Arbeiterpolitik“ kommentierte jeden Schritt der Bewegung in Rußland. Zu den Reichskonferenzen der Parteiopposition im Januar und April schickte der SDVB Johann Knief; Alfred Henke war als Gegenkandidat in der Delegiertenwahl unterlegen. Auf der Vorkonferenz des Spartakusbundes im April in Gotha vertrat Knief die linksradikalen Gruppen Norddeutschlands, die sich auf eine kategorische Ablehnung einer gemeinsamen Partei mit den Zentristen festgelegt hatten. Kniefs Haltung wurde zunächst von der Mehrheit der Konferenz unterstützt, besonders von Fritz Heckert, der Dele-

Textseite aus:
 Der Kampf der Arbeiter
 von A. Pannekoek
 Leipzig 1907

Die Amwälzung des Eigentums.

Wenn unsere Gegner gegen die Tatsache, daß die Sozialdemokratie allein die Interessen der großen Volksmasse beschützt, nichts mehr vorzubringen wissen, so spielen sie den großen Trumpf aus, die Sozialdemokratie wolle das Eigentum aufheben, während doch Eigentum, Privateigentum für die Menschen notwendig sei, um leben zu können und deshalb als ein Naturrecht, als eine göttliche Einrichtung, als eine Grundlage jeder Gesellschaftsordnung anerkannt werden müsse.

Nun hat jeder Unsinn doch immer irgendeine Art Sinn, und das angeführte Gerede hat diesen Sinn, daß allerdings jede Gesellschaft in irgendeiner Gestalt Eigentum besitzen muß, d. h. über ein Stück Natur oder körperliche Welt, ein Stück der Erde verfügen muß, um leben zu können. Ein Naturrecht ist es wohl nicht zu nennen, da die Menschen diese Verfügungsgewalt der Natur, den Tieren und ihren Mitmenschen haben abringen müssen; immerhin bildet es die notwendige Grundlage jedes gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wie aber die besondere Form des Eigentums ist — ob gemeinsames oder Privateigentum — wird von den besonderen Bedingungen abhängen, unter denen die Menschen ihre Lebensmittel produzieren müssen. Hier entscheidet die Zweckmäßigkeit; die Regelung des Eigentums, also wie diese Verfügungsgewalt unter die Mitglieder einer Gesellschaft verteilt wird, muß davon abhängen, auf welche Weise am besten der Lebensunterhalt für alle gesichert wird. Solange Zusammenarbeiten die zweckmäßigste Arbeitsweise ist, wird Gemeineigentum herrschen müssen; wo getrennte Arbeit im Interesse der Produktion liegt, muß Privateigentum an Produktionsmitteln entstehen.

Wenn unsere Gegner mit diesem Vorwurf als mit einem großen Trumpf hervorrücken, so müssen sie wohl glauben, damit viele Leute recht gruselig vor dem Sozialismus zu machen. Es muß also auch wohl irgend ein Grund für diesen Glauben da sein, sonst würden sie nicht immer aufs neue damit ihre Sache fördern wollen. Dieser Grund liegt in der Bedeutung, die das Privateigentum an Produktionsmitteln für den Kleinbetrieb hat.

Im Kleinbetrieb produziert jeder mit seinen Arbeitsmitteln Waren, die er verkauft, um dafür Waren zurückzukaufen, die er selbst braucht für seinen Konsum. Die Herstellung aller Produkte, welche die Gesellschaft braucht, findet auf diese Weise durch Privatarbeiten statt; die Arbeit ist getrennt. Dafür hat jeder umgekehrt auch ein Anrecht auf einen gerechten Teil des Gesamtprodukts, und er erwirbt sich diesen Teil durch den Austausch seiner

Auszug
 seinen

Teil
 84
 Xv.

Voraussetzung der Sozialdemokratie ist die
 Produktion & Konsumtion von Waren auf Grund
 und von der Konkurrenz. Das Produkt wird
 nicht die Produktion, sondern die Produktion
 müßigheit eintritt. Die Produktion
 ist ein Marktprodukt, wie in der
 gewöhnlichen Organisation der
 Bildung können und jeder auf abstrakt
 diese gewöhnlichen Organisationsformen
 werden nicht notwendig sein können, in
 werden nur ein Organ bilden innerhalb
 der Marktproduktion.
 Gesamtheit der Produktion ist die
 nicht die Produktion, sondern die
 zu künstlichen Manufaktur der
 Kraft. und es ist nicht möglich, die
 Organisation wird die Organisation
 auf zu einer Organisation mit
 Gemeinschaft der Arbeiter.

Es geht hier also um die
 Natur, was das geistliche Organisations
 ist, aufzukommen mit dem Bürger
 sein wird mit ihm verbunden. Aber
 weil das Bürgerturn mit seinem
 nationaler, getrennter Klassen
 ist und die verschiedenen Arbeiter
 Gruppen ist gleichsam mit der

Lieber Freund D. Schon lange hatte ich Absicht Ihre Brief aus Februar zu beantworten, hatte auch schon damit angefangen, aber der leidige Zeitmangel verhinderte es fertig zu stellen. Daher lasse ich es jetzt bei diesem Gruss bescheiden, um Ihnen zu sagen, dass ich mit regem Interesse alle Vorgänge verfolge, an denen Sie Anteil haben. Ich lese die BZ regelmässig, sehe also alles was da passiert. Sie haben dort einen Vorposten; Ihr habt dort den Weg zu suchen, neues Land zu betreten, das für andere vorbildlich sein kann und eine Drehschraube für andere Orte geben wird, also weit über die engen Grenzen Einfluss ausübt. Ich habe die Hände zu voll, um etwas mitzumachen; ausserdem sind Platschläge nicht zu geben, da Ihr genug Theorie kennt, um die Praxis auszuüben, die nur durch praktische Mitarbeit aller, die mitmachen, aufgebaut werden kann - ihr seid völlig im Stande es richtig zu machen - rechnet aber jedenfalls auf schwere Kämpfe. Grüss mir die beiden Redakteure sowie die anderen Genossen, die sich nicht halten. Ihr ergebener
L. C. D.

Grosse Freude machte es mir, in der BZ zu lesen und dann Ihr Zirkular zu erhalten über die Neugründung. Um meine Sympathie auszudrücken, habe ich sofort einen Artikel geschrieben und an Ihre Adresse abgesandt. Ich weiss zwar nicht, wie er zu Umfang, Stoff usw. passt; aber ist er brauchbar, so nehmen Sie ihn; sonst bitte ich mir mal Wünsche zu schreiben über brauchbare Mitarbeit. Ich hatte sonst die Absicht nach dem anderen über allenthalben Tragen der neuen Zeit zu schreiben in Gestalt kurzer Artikel: z.B.: das Parlament unter dem n. Paz.; die Bedeutung der Konjunktur; das Wesen von Massenaktionen; weshalb ist der Imperialismus notwendig? usw. Sobald ich die erste Nr. habe, und also Umfang und Charakter besser sehe, kann ich weitere Beiträge in diesem Sinne schicken - Besten Gruss und Glück auf

Hoorn (Holland)
22 Juni 1916.

Ihr ergebener
L. C. D.

L. C. D. Das ist indertat eine sehr böse Nachricht, wenn ich recht verstehe, dass sie beide, Paul u. Johann., wieder eingezogen sind. Kann mir wissen, wenn Sie weiteres von ihnen hören. Ich hoffe sehr, dass sie gesund bleiben mögen. Ich will mein Bestes tun. Den Artikel über den Parlamentarismus haben Sie wohl schon erhalten, ebenso den über die Führerschaft. Ich werde morgen oder so wieder etwas schreiben. Wahr.. scheinlich wird Karl Sobelson, Davos-Dorf (zur Stille bei Stiffler) auch was schreiben können. Selbst müsst ihr dann auch was machen; speziell kritische Stellungnahmen zu Aeusserungen und Taten innerhalb der Partei. Das geht von hieraus nicht. Besten Gruss durchhalten. Ihr ergebener
L. C. D.

Briefe Pannekoeks
an Dannat.



Adolf Dannat

Langjähriger vertrauter Mitarbeiter Johann Kniels und nach dessen Tod einer der führenden Genossen in Bremen. — Starb im Jahre 1922 an der Proletarierkrankheit.

Brief Kniefs an Dannat

17. Juli 1916.

Lieber Freund Dannat. Ich habe
für Sie Karte. Das Sie nicht immer
verleihen wird, ist mir ein kleiner Post.
Mir geht es nicht immer recht man,
glaubt. Die diesem Bergange sehr-
reisen nicht sehr, oft ist es nicht
hört; aber das ich kann eine
zeitung. Meine Frau macht mich
den darauf aufzuweisen, das H. durch
Kart gegen Karte herausgeben wird.
Es geht wunderbar hinreich zu die der
Welt. Besonders daß es sich nur den
verleihen, werden nicht es nur den
is. Aber ich will nicht Lieber wird
in alle diese Dinge setzen; es geht
mir nicht nicht. Also wenn Sie
euch D. begleitet nur ein sehr gut.
Ich fühle das ganze Eisenwerk, aber
und mehr nicht, das es aber
wird ganz das erste Mal in der
Welt. Besonders daß ich für die



Säbelattacke gegen demonstrierende Werftarbeiter

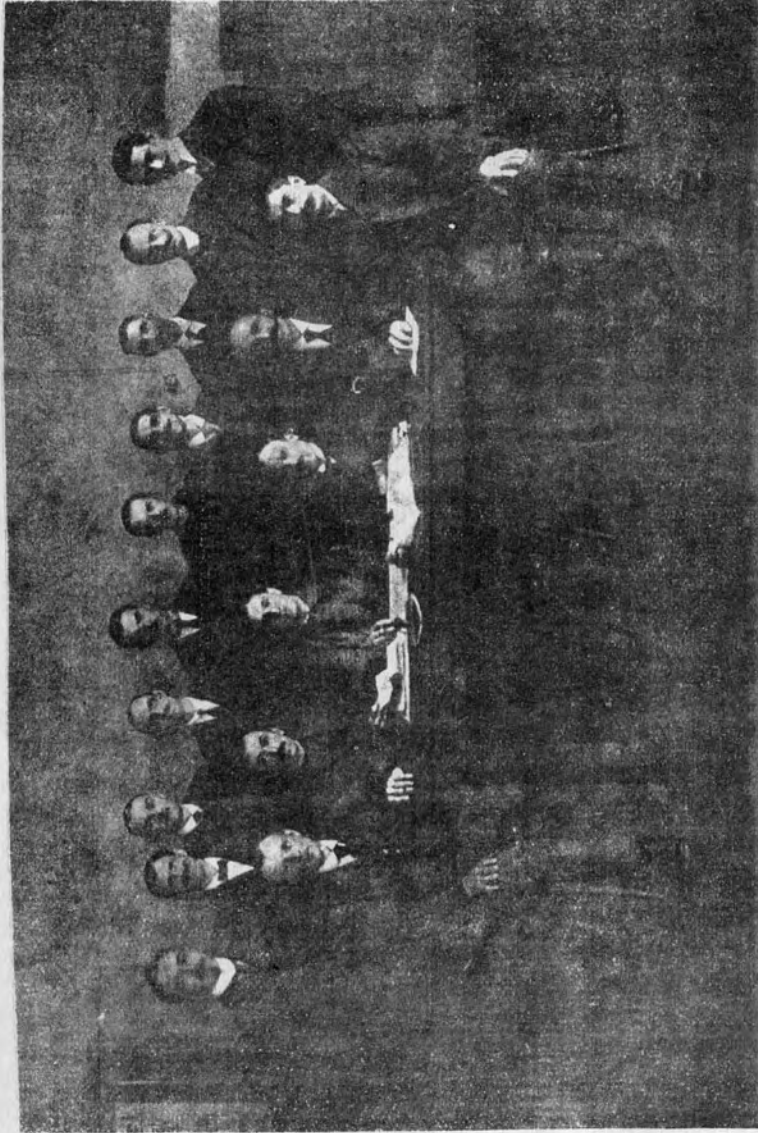
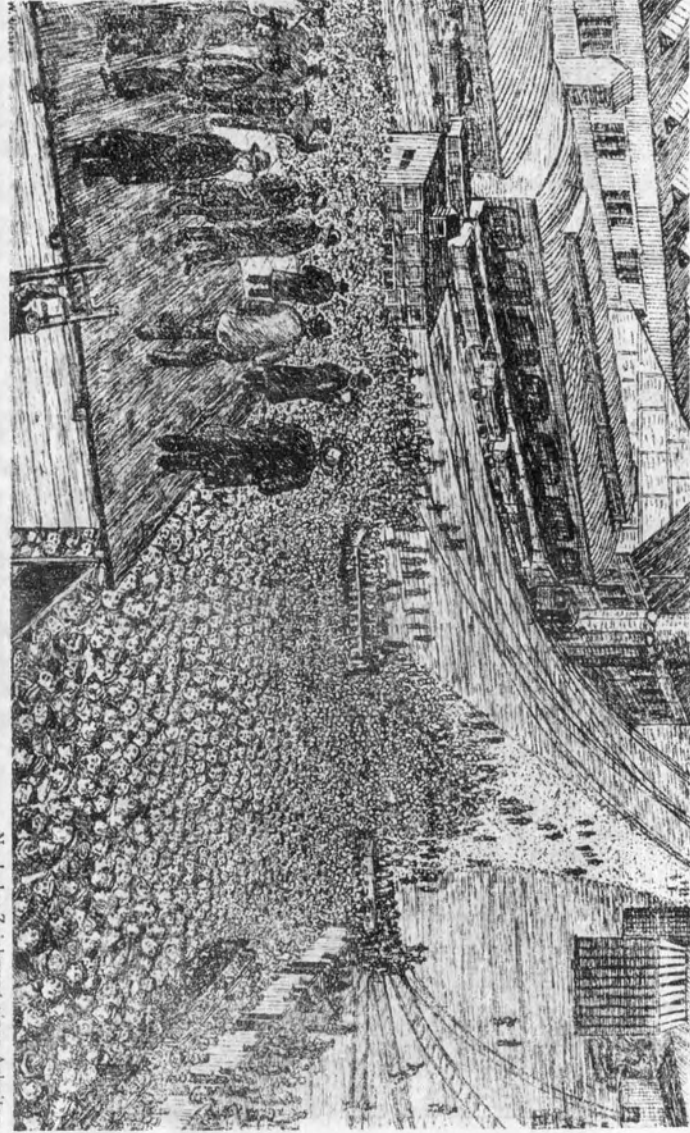
Nach einer Arbeiterzeichnung

Am 31. März 1917 demonstrierten die Werftarbeiter der A. G. Weser in Bremen für die Forderung von Ernährungszulagen. Am Steffensweg stellte sich ein großes Aufgebot von Schutzleuten dem Zug entgegen und schlug wild auf die zurückweichenden Massen ein. Dennoch kamen viele Demonstranten bis zum Stadttinnern und ließen durch ihre Vertreter die Forderungen überreichen. Die nächste Folge war, wie überall in solchen Fällen, die Verschiebung der Betriebsvertrauensleute an die Front; für viele in den sicheren Tod. Dennoch wuchs die revolutionäre Bewegung unaufhaltsam.

Am 28. November 1913 setzten die Arbeiter der Weserwerft eine Lohnhöhung durch. Der leitende Direktor Dr. T e l e n s wollte „unter Protest“ mit Henkes Zustimmung die Erklärung der Bewilligung der Lohnforderung vom Fenster des Verwaltungsgeländes aus verlesen, wurde jedoch auf Knietis Vorschlag gezwungen, zu den Arbeitern heranzukommen und vom Schuppendach herab seine Erklärung abzugeben. Der Schuppen hieß fortan „Genossen-Schuppen“. — Auf dem Schuppen vorn rechts Alfred Henke und links von dem die Erklärung verlesenden Telen die kleine Gestalt Johann Knietis.

Versammlung der Arbeiter der Weserwerft

Nach der Zeichnung eines Arbeiters

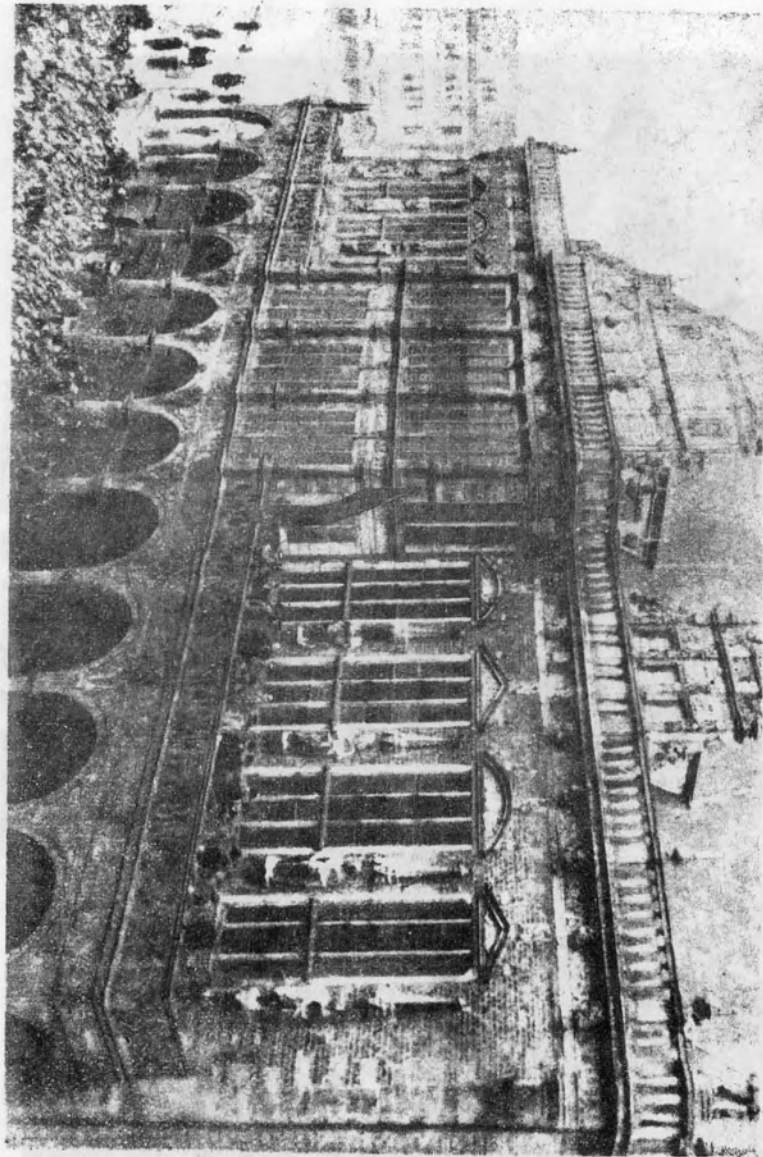


Der Arbeiterrat der Weserwerft

Der im Januar 1919 gewählte Arbeiterrat (von links nach rechts, sitzend): 1. Robert Weinert (SPD), 2. Willi Deisen (KPD), 3. Hans Höcker (KPD), 4. Seppel Müller (KPD), 5. Fritz Facher (KPD), 6. Zimmermann (USP). Stehend: 1. Kubitzki, Schreiberkraft des Arbeiterrats, 2. Bernhard Stiehr (KPD), 3. Brandes (KPD), 4. Dunker (USP), 5. Hopp (KPD), 6. Gerland (KPD), 7. Rosenboom (USP), 8. Ruhkopf (KPD), 9. Ingenieur Lindner (SPD), 10. Bechthold (USP).

Woh. Barth, Bremen.

Sitzung der roten Fabrik am 15. November 1918.



Der Kampf um Bremen

Einwohner Bremens!

Die Entscheidung ist gefallen! Um nicht mit in den selbstmörderischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hineingerissen zu werden, hat das werktätige Volk Bremens, das revolutionäre Proletariat, sein Schicksal in die eigene Hand genommen!

Ueber Bremen ist das Standrecht verhängt!

Die gesamte wirtschaftliche und politische Macht liegt in den Händen der proletarischen Volksregierung.

Bremen ist eine selbständige sozialistische Republik.

Der Senat ist abgesetzt!

Alle im Besitz von Waffen befindlichen Bürger und Offiziere haben ihre sämtlichen Waffen bis Sonnabend, den 11. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr, im neuen Rathaus abzuliefern.

Nach diesem Termin in unerlaubtem Besitz von Waffen betroffenen Personen verfallen dem Standrecht!

Alle Rangabzeichen sind sofort abzulegen.

Diebstahl, Raub, Plünderung

sind Verbrechen gegen die sozialistische Gemeinschaft!

In Ausübung dieser Verbrechen betroffene Personen werden sofort erschossen!

Jeder gegenrevolutionäre Versuch wird als Hochverrat mit sofortigem Erschiessen geahndet.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird die Polizeistunde vorläufig auf 9 Uhr abends festgesetzt und der Ausschank von Wein und Spirituosen verboten!

Einwohner Bremens! Alle getroffenen Maßnahmen dienen dem Schutz der Allgemeinheit. Sorgt selbst für die Durchführung der getroffenen Bestimmungen, dann ist der Bürgerkrieg eine Unmöglichkeit, dann ist die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung gesichert, die Wohlfahrt der Gesamtheit gewährleistet.

Bremen, den 10. Januar 1919.

Der Rat der Volkstommisariate.

Proklamierung der Räterepublik

Der Kampf um Bremen*

Als, nach vorangegangenen Massenversammlungen am 4. und 5. November, am 6. November der Sturm in Bremen losbrach, waren die namhaften Führer der Linksradiكالen . . . nicht zur Stelle. Sie steckten irgendwo an den Fronten oder saßen in Berlin und anderswo in den Gefängnissen. Am 6. November wählten die Arbeiter der Weserwerft Arbeiterräte und befreiten zusammen mit aus Kiel herübergekommenen Matrosen die Militärgefangenen im nahen Oslebshausen. Am selben Tag machte die Rebellion eines Wehrmannes, Ecks, auf dem Kasernenhof den Abtransport marschbereiter Fronttruppen unmöglich. Unter linksradikaler Führung nahm ein Transport von Matrosenmeutern auf dem Bahnhof die Waffen der Begleitmannschaft an sich und zog zur Kaserne. Den am Abend die Straßen durchziehenden und dann vor dem Rathaus versammelten Massen kündigte der Unabhängige Frasnkie-wicz, der Vertreter der schärferen Tonart in der USP und Gegenpart Henkes, die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats an. Im Rathaus nahm man die Sache nicht so ernst, schrieb man doch erst den 6. November. Die konservativen Patrizier hielten zur selben Stunde würdevoll Parla-ments-sitzung, die sogenannte Bürgerschaft, ab und beschlossen, doch einge-schüchtert, auf sozialdemokratischen Antrag das gleiche Wahlrecht, wobei sich der Senat jedoch das Vetorecht vorbehielt. Henke aber versuchte die Konkurrenz der Rechtssozialisten zu schlagen durch einen Mißtrauensantrag gegen den bereits machtlosen Senat. Aber auch die SPD stimmte gegen Henke. Mit solchem Possenspiel begannen die rechten und linken Sozial-demokraten die Revolution. Ihm entsprach die Zusammensetzung des am selben Tage gebildeten Soldatenrats, in dem der örtliche Kommandeur, Oberst Lehmann, saß. Dies Idyll dauerte allerdings nicht lange. Der 7. No- vember sah Riesendemonstrationen, der Arbeiterrat wurde gebildet, und die SPD machte eiligst mit. Am 9. November hatten die Offiziere unter dem Druck der Werftarbeiter den Soldatenrat räumen müssen. Der Senat wollte am 11. November den Stempel auf die geordnete Revolution drücken durch eine Vorlage für das gleiche Wahlrecht, aber am 14. November setzte der Arbeiterrat ihn ab⁴⁾. Henke allerdings wollte damit nach dem Muster Ham-burgs, wo er sich persönlich Rat holte, den Senat nur nach außen ver-

^{*)} Auszug aus der Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution.

⁴⁾ Ausdruck der derzeitigen Meinung des Soldatenrates ist eine Erklärung des Rates vom 15. November 1918:

Der Soldatenrat Bremen protestiert dagegen, daß die Reichsregierung die Befehls-gewalt der Offiziere wieder einsetzen will. Der Zusammenbruch des alten Systems hat dieselben erledigt.

Eine Regierung, die Hand in Hand mit den Trägern des alten Systems arbeitet, hat ihr Urteil selbst gesprochen, wir bekämpfen diese als Feind der neuen Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Parlament ist aufgelöst, die darauf ruhende Regierung hat keine Machtbefug-nisse mehr. Die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte haben die Gewalt und werden diese auch gegen die anmaßende Gewalt der Regierung Ebert, Haase durchsetzen, solange dieselben bürgerliche Politik treiben und keine sozialistische.

1. Vors. Ecks Exek.-Aussch. Jannack, Meyer, Rietschel

Abolf Dammnat †

Ein Führer liegt auf der Totenbänke. Im stillen Mannesalter von 37 Jahren ist unter Genosse Abolf Dammnat noch langen Jahren von der proletarischen Arbeit, der Schweißarbeit, hinweggerafft. An dem Genossen Dammnat ist uns ein fremder, kämpferischer und Berater gekommen worden, dessen festes, weißes Gesicht, dessen kluges Denken und reifes Wissen ihm alle Eigenschaften eines Führers geben.

Als Schüler Konrads gehörte Genosse Dammnat bereits vor dem Kriege dem linken Flügel der Sozialdemokratie an. Als der Krieg ausbrach, war Dammnat Mitglied in den Reihen jenes engen Kreises Bremer Parteigenossen, der von der VPS, „Sozialerband“ genannt wurde und die theoretische Klärung über die künftigen und prinzipiellen Streitfragen in der damals noch einseitigen Partei vorberiet. Abolf Dammnat fand in der ersten Reihe jener Bremer Arbeitsschichten, die im Sommer 1916 in der „Arbeiterpolitik“ in voller Offenheit und Legalität inmitten des Krieges das revolutionäre Banner entfalteten. Welt über die heutigen Grenzpläne hinaus ist in den Zeiten des roten Krieges jenes die „Arbeiterpolitik“ die Stützpunkt der proletarischen Revolution gewesen. Und mit der ohnmächtigen Mühe, mit der die hangende Frage von jeder einer zum Siege maßgebender Sache gegenüber stand, mußte sie ihre ständige gegen die folgenden Parteien einer solchen Bewegung. Die im Inneren damals bereits schon mochte stillschweigend glaubte die beginnende proletarische Revolution damit herreten zu können, wenn sie die Fronten in Saug und Geist schlug. Auch Abolf Dammnat, obgleich bereits ungenügend, wurde in der „Kämpfers Stadt“ gefeiert. Völlständig nach wenigen Tagen mußte er auf Grund unerbittlicher Strapazen ins Lazarett

bestürzt und später entlassen werden. Doch hiermit erblühte die Organisierung noch nicht. Klug den Mias-Spielen, wo Dammnat als guter Vizeit fand, wurde die Organisierung fortgesetzt. Nach Vereinbarung des Kriegeres, in jener Zeit, wo der Sozialist die Regierung in Dammnat hatte, war Dammnat Organisator der kommunistischen Partei im Aktionsausfluß des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates. Während der Senat abgesetzt war und die bremische Regierung umgehoben wurde, gehörte Dammnat seit dem 10. Januar 1919 dem Komitee der Arbeiterfront an. Wenn wir noch kurz darauf hinweisen, daß Dammnat im Herbst 1920 als Mitglied der Arbeiterfront bei der Wahl- bedauerte als erster Kommunist die Verantwortlichkeit innerer Partei zum Eintritt in einem aus allen drei Arbeiterparteien gebildeten Senat erklarte, so können daraus weitere Kreise unserer Genossen erkennen, wie wesentlich das Urteil unteres ist. Fremdes und Kämpferisches war. Ein Dammnat ist uns gegeben, kann nicht unterer Aufgabe sein.

Abolf Dammnat war ein Kämpfer in dem großen Speere der revolutionären Bewegung, einer jener Kämpfer, der in der Hand alle großen Speere vereinigte. Durch den Tod ist er nicht nur seiner Familie und seinen engsten Freunden entzogen, auch das revolutionäre Proletariat hat in ihm einen feinen Befehl und treuen Kämpfer verloren.

Am Sonnabend, vormittags 11 1/2 Uhr, wird unter toter Freund im Re- matorium eingeleitet werden. Einem Vorgesetzten muß lag die rote Fahne fehen über der Särge unteres gelassen Kommittees, aber dann wird sie über feigen und uns Lebenden vorangeführt: Zum Kampf und zum Siege der proletarischen Revolution!

schwinden lassen, ihn sich aber als Verwaltungshilfe warm halten: „Ich glaube verkünden zu dürfen, daß auch der Senat zu seinem Teile seine frühere Tätigkeit gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat fortführen wird. (Bravo!) Es wird also die Verwaltungstätigkeit nicht darunter leiden. Die Maschine läuft, aber Lokomotivführer ist der Arbeiter- und Soldatenrat, der Vertreter des gesamten Volkes. Die Demokratie hat gesiegt und soll weiter siegen. Das ist der Sinn dieser neuen Einrichtung, die alles in allem natürlich nur ein Provisorium sein kann.“ Dementsprechend wurden denn auch Vereinbarungen getroffen. Jedoch der Radikalisierungsprozeß setzte sich schnell fort. Die Offiziere wollten, wie der Senat, mittun. Ihr Anbiederungsversuch wurde vom Soldatenrat, in den Karl Jannack eingetreten war, abgewiesen. Am 18. November konnte der im Gefängnis körperlich schwer mitgenommene Johann Knief in Bremen erscheinen, nachdem er erst die Linksradiكالen in Dresden, dann in Cuxhaven, mit seinem Rat unterstützt und von dort eine Abteilung Matrosen nach Bremen dirigiert hatte, die in der Folge den Kern der bewaffneten Arbeitermacht bildete. *) Knief betrieb sofort mit aller Kraft den Aufbau der Partei und die Agitation. Massenversammlungen verlangten, um die verwaschene Volksbewegung zur Klassenbewegung zu gestalten, vom Arbeiter- und Soldatenrat die schroffe Herausarbeitung aller proletarisch-revolutionären Forderungen, die Bewaffnung der industriellen Arbeiterschaft, die Entwaffnung aller nicht rein proletarischen Elemente, die Entfernung aller Bürgerlichen und Sozialpatrioten aus dem Arbeiter- und Soldatenrat, die Zurückgabe der „Bürgerzeitung“ an die Organisation der Linksradiكالen, Beschlagnahme der Papiervorräte der bürgerlichen Presse, um die Arbeiterpresse vor Papiernot zu schützen, Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte der Großbourgeoisie, die restlose Entfernung des Senats und der Bürgerschaft (des Parlaments) und der Polizei. Diese Forderungen wurden auch in den Betrieben propagiert. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte zwar die Ausschreibung der von den Rechtssozialisten geforderten Wahlen zu einer Volksvertretung abgelehnt,

*) In diesen Tagen schrieb Knief unter dem Namen Peter Unruh auch eine Broschüre „Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution“, die den Charakter der Novemberrevolution und die Rolle der SPD, der USPD, der Räte und der Kommunisten scharf umriß. Mit Unterstützung kommunistischer Vertrauensleute beim Zentralrat der Marine wurden von der Broschüre 100 000 Exemplare angefertigt und in kurzer Zeit im ganzen Reich verbreitet, was angesichts der Schwäche der kommunistischen Presse und der auch noch in den Vorderreihen der Arbeiterklasse herrschenden Unklarheit nicht von geringer Bedeutung war. Kniefs Stärke lag, wie es nach dieser Broschüre scheinen könnte, nicht nur in der scharfen Analyse der jeweiligen Lage. Als gegen seinen Rat die Kommunisten in Bremen im Dezember 1918 gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung entschieden, konkretisierte er sofort die sich aus dieser Entscheidung ergebenden Aufgaben, wie er denn überhaupt die gegenwärtigen und nächsten Aufgaben mit hervorragendem Geschick als Schritte auf dem Wege zur Macht herauszuarbeiten und deutlich zu machen wußte. Rosa Luxemburgs Absage an den Terror beantwortete er im Dezember im „Kommunist“ mit rücksichtsloser Kritik, warf der Spartakuszentrale Beschränkung auf aufpeitschende Agitation vor und solidarisierte sich immer wieder mit den Bolschewiki und ihren Kampfmethoden.

seine Mehrheit wollte aber auch von den kommunistischen Forderungen nichts wissen und lehnte noch am 22. November die Übergabe der „Bürgerzeitung“ ab, worauf am 27. November der „Kommunist“ erschien. USP und SPD warben unter der Garnison, suchten aber die kommunistische Agitation unter den Soldaten zu verhindern, deren Vertrauensleute sich für die Nationalversammlung erklärten. Ein Bürgerrat bereitete in Erwartung des baldigen Einmarsches der Bremer Fronttruppen einen gegenrevolutionären Anschlag vor. Am 24. November erschien eine Massendemonstration vor dem Rathaus und erzwang nach einer Rede Kniefs Abstimmungen im Arbeiter- und Soldatenrat, bei denen ein Antrag gegen die Nationalversammlung und für die proletarische Diktatur (wegen der Forderung nach der Diktatur) mit 97 gegen 56 Stimmen, bei 36 Stimmenthaltungen des Soldatenrats und eines Teiles der USP, abgelehnt wurde. Die Bewaffnung des industriellen Proletariats wurde mit 100 gegen 19, die Verwandlung der „Bürgerzeitung“ in ein Organ des Arbeiter- und Soldatenrats mit 89 gegen 31 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten, die sich zum großen Teil vor den letzten Abstimmungen entfernt hatten, drohten mit Austritt aus dem Arbeiterrat, wenn die „Bürgerzeitung“ angetastet werde, was denn auch nicht geschah. Der „Kommunist“ zog aus der Nichtdurchführung der angenommenen Anträge und den Abstimmungen des Arbeiter- und Soldatenrats den Schluß: „Der Arbeiterrat hat Farbe bekannt. In seiner jetzigen Zusammensetzung hat er sich als reaktionäres Organ enthüllt. Er hat sich für die Nationalversammlung ausgesprochen. Er hat in einer grundlegenden Frage gegen den Willen der Massen entschieden. Das Ergebnis? Neuwahlen zum Rat. Neuwahlen unter Ausschluß der Mehrheitssozialisten. Schaffung eines Rates, der zum Schwatzen unfähig, dafür aber zum Handeln um so fähiger ist.“ Und an anderer Stelle hieß es, die Kommunisten hätten die Mehrheit der industriellen Arbeiter hinter sich. Aber nicht auf Bremen allein komme es an, es gelte, in Bremen die Klassenforderung schroff und klar zu erheben und so weit durchzusetzen, als es der Stand der revolutionären Bewegung im Reiche und insbesondere in Nordwestdeutschland gestatte.

„Ihr steht auf Vorposten! Ihr dürft nicht in blindem Kampfeswillen nur geradeaus vorwärtsstürmen. Ihr müßt eure Blicke in größere Weiten senden — über Bremen hinaus! Ihr steht auf Vorposten! Ihr müßt die anderen nach euch ziehen. Schafft hier in Bremen eine Zentrale für die revolutionäre Propaganda in Nordwestdeutschland. Laßt diese Zentrale die Besten unter euch über den ganzen Bezirk verstreuen. Laßt diese Zentrale Flugschriften drucken. Tragt Sorge für deren weiteste Verbreitung. Wenn diese Aktion Hand in Hand geht mit dem Kampfe, den ihr hier am Orte führt und weiterführen sollt — dann, aber nur dann führt dieser Kampf euch vorwärts.“

Die KPD sandte in den nächsten Tagen und Wochen eine ganze Anzahl Genossen in die weitere Umgebung. Der Einzug des in Bremen aufgestellten Reserve-Infanterie-Regiments 213 war angemeldet. Der Bürgerausschuß organisierte eifrig, agitierte in öffentlichen Versammlungen für die Wiedereinsetzung des Senats und protestierte telegraphisch gegen das Verbot einer Demonstration bei Ebert, der nachdrücklichst für Achtung der Ver-

sammlungsfreiheit zu sorgen versprach. Die Banken machten dem Arbeiter- rat Kreditschwierigkeiten. Im Arbeiter- und Soldatenrat wurde am 9. Dezember ein Antrag auf volle Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft mit 173 gegen 34 Stimmen abgelehnt⁵⁾. Am 21. Dezember nahm die USP mit Hilfe des Soldatenrats die „Bürgerzeitung“ in Besitz, worauf die Kommunisten erklärten, ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen in einer Redaktion sei nicht mehr möglich. Das am 11. Dezember eingezogene Reserve-Infanterie-Regiment 213 versuchte der Bürgerausschuß durch festliche Bewirtung zu gewinnen, doch demobilisierte der in seiner Zusammensetzung teils radikalisierte Soldatenrat die Mannschaft alsbald und begann Ende Dezember die der USP und KPD angehörenden militärisch ausgebildeten Arbeiter zu bewaffnen^{*)}. Knief, der ständig zur Bewaffnung der Arbeiterschaft getrieben hatte, wandte sich sofort gegen die vom Soldatenrat begonnene Bewaffnung aller, teils erst nach dem Aufruf zur Bewaffnung eingetretenen Mitglieder der beiden Parteien und drang auf Bildung absolut zuverlässiger Abteilungen als Kern der bewaffneten Arbeitermacht. Nicht nur der Ton der bürgerlichen Presse, die in zwei Fällen auf ein paar Tage verboten wurde, auch andere Umstände deuteten auf einen wohlgeordneten Vorstoß des Bürgertums hin. Das 75. Infanterie-Regiment, etwa 600 Mann stark, kam am 30. Dezember vor der Stadt an und sandte dem Arbeiter- und Soldatenrat eine Abordnung, die 1. Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, 2. Aufnahme von sechs Mitgliedern in den Soldatenrat, 3. Übernahme des

⁵⁾ Weiteres aus der Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates:

Ergebnis der Mitarbeit der revolutionären Lehrer in der linksradikalen Bewegung seit dem Schulstreit 1905 waren schulpolitische Forderungen des Schulausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, dessen Mitglieder Hermann Böse, Heinrich Eildermann, Klawitter, Esdorn und Alfken waren.

„Der Biblische Geschichtsunterricht und die Morgenandachten sind abzuschaffen. Belehrungen über Religionsgeschichte gehören in den Geschichtsunterricht. Der Geschichtsunterricht wird ersetzt durch sachgemäße kulturhistorische Belehrungen im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo bisher der Geschichtsunterricht zur Verherrlichung der Hohenzollern und des Krieges mißbraucht worden ist, muß das künftig unterlassen werden. Abfällige Äußerungen über die Revolution sind nicht gestattet. Es muß alles unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution zu schüren. In den Lehrerbibliotheken sollen Werke aus dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus aufgenommen werden. Eine Behandlung der in den Lesebüchern aufgenommenen tendenziösen geschichtlichen Stoffe muß in der Folge unterbleiben. Bilder von einer auf die Hohenzollern und den Krieg bezüglichen Tendenz sind aus den Schulen zu entfernen. Die wegen ihrer politischen Überzeugung und wegen ihres Kampfes gegen die Schulbürokratie gemäßregelten Lehrer sollen wieder eingestellt werden. In der Schulverwaltung ist das autokratische System abzuschaffen. Der Schulleiter ist dem Kollegium nebensuordnen, an dessen Beschlüsse er gebunden ist. Die Wahl des Schulleiters erfolgt durch ein demokratisches Verfahren auf begrenzte Zeit. Der Schulleiter ist nicht berechtigt, die Unterrichtsmethode und Unterrichtsergebnisse zu kontrollieren. Die Lehrenden unterstehen in der Aufsicht über ihre Tätigkeit dem Ausschuß des Arbeiterrates für Unterricht und Bildung. Es ist erwünscht, daß an jeder Schule Eltern- und Schülerräte gebildet werden.“

^{*)} Die illegale Bewaffnung eines Teiles der kommunistischen Arbeiter war schon früher mit aus Cuxhaven herangeholten Waffen durchgeführt worden.

Wachdienstes, 4. Besetzung der Kaserne verlangte. Nicht mehr!⁶⁾ Die von Henke geführten Unterhändler sagten die Erfüllung der drei letzten und nochmalige Prüfung des ersten Punktes zu. Das Regiment zog am Neujahrstag unter dem Jubel des Bürgertums ein, wurde aber durch eine Kriegslist überrumpelt und von Arbeitern und Matrosen entwaffnet. Zwar gelangten die Führer des Regiments, Major Caspari und ein Leutnant, nach Verhandlungen dennoch in den Soldatenrat, zogen es aber angesichts der drohenden Haltung der bewaffneten Arbeiter vor, nach einigen Tagen wieder zu verschwinden, um sich insgeheim der Organisation eines Freikorps zu widmen.

Anfang Januar traf die Kommunisten ein unersetzlicher Verlust, Johann Knief erkrankte schwer und starb nach Monaten, am 6. April, an den Folgen einer Blinddarmoperation. Es sollte sich bald zeigen, wie sehr er der, durch starken Zustrom neuer, politisch nicht gefestigter Mitglieder, schnell gewachsenen Partei in Bremen fehlte. Auf den 6. Januar waren endlich die Arbeiterratswahlen angesetzt. Wählen konnten nur die Mitglieder der SPD, USP und KPD, und zwar in den Betrieben, denen auch die Arbeitslosen zugewiesen wurden. Hausfrauen und Zwergbetriebe wählten in Stadtbezir-

⁶⁾ In der politischen Propaganda zur Neutralisierung der 75er gab der Soldatenrat folgendes Flugblatt heraus:

Arbeiter, Bürger und Soldaten!

Unser aktives Regiment 75 liegt vor den Toren Bremens. Es ist die letzte Rast vor dem Einzuge.

Freuden-, Sieges- und Kampfeswünsche wehen ihnen wie ein Sturm entgegen. — Endlich soll der heimliche Einzug im glorreichen Triumpfe gipfeln. Die Wünsche des Regiments sowie vieler Bürger überbrachte gestern eine Kommission der 75. ger dem hiesigen Soldatenrate. Was sind die Wünsche? — Einzug in die Kaserne! Ja wohl ihr Arbeiter, Bürger und Soldaten. Die Kameraden, die treu ihren Mann gestanden haben, als die Garnison sich erhob und die Reaktion stürzte, diese Treukämpfer der Revolution sollen die Kaserne räumen! Und warum? Sind nicht unsere 75. ger Fleisch von unserem Fleische, die ebenso unter der alten Knechtschaft des Militarismus gelitten haben? Sind sie nicht ebenso daran interessiert, daß unsere, durch die Kriegspolitik der alten Machthaber zusammengebrochene Wirtschaft wieder neu aufgebaut wird, und zwar nicht auf dem System der Sklavenausbeutung, sondern auf dem System wo Ausbeutung der Menschen durch Menschen nicht mehr möglich ist. Frei sei der Mensch und gebt ihm Freud und Arbeit.

Arbeiter, Bürger, Soldaten, wer organisiert den Brudermord? Die Reaktion hat den Verleumdungsfeldzug gegen den Arbeiter- und Soldatenrat eröffnet, nach diesem Trommelfeuer soll der Angriff erfolgen. Ihr Soldaten, wollt Ihr nochmals Krieg? Nein, weder für noch gegen die Revolution wollt Ihr bluten. Ihr wollt endlich nach Hause, Ihr wollt nach den jahrelangen Entbehrungen Ruhe, Ruhe und Frieden, und wir in dem Soldatenrat, wir wollen die Verbrüderung und nicht den Brudermord. Reicht uns die Hand!

Ihr Kameraden der 75. ger, kommt Ihr als Freund oder Feind?! Wißt Ihr, wozu dunkle Elemente Euch gebrauchen wollen, kennt Ihr die übelriechenden Gerüchte, die Euch als Werkzeuge neuer Putschversuche verwenden wollen? Kameraden! Zeigt öffentlich, daß Ihr mit den blutdürstigen Elementen nichts gemeinsam habt, macht dieser jetzt auf der Stadt lastenden Atmosphäre ein Ende, erklärt öffentlich, ob Ihr Gegner der Arbeiter- und Soldatenräte seid oder nicht. Offenheit und Wahrheit gibt Ruhe und Ordnung!

Soldatenrat Bremen, Schilling, 2. Vors.

Soldatenrat Bremen Exekutive, Alb. Meyer

ken. Die Beschränkung des Wahlrechts auf die politisch Organisierten, anstatt auf die rein proletarischen Schichten, war ein rechter USP-Gedanke. Bei der KPD mußte eine mehr oder weniger starke Verwässerung des politischen Standes der Mitgliedschaft die Folge sein, während den unabhängigen Organisationskonstruktoren Mitgliederzuwachs so gut wie alles war. Die SPD jedoch zog nicht nur ihren Nutzen aus dem nach Bekanntgabe dieses Wahlrechts einsetzenden starken Zulauf zu den drei Parteien, sie veranstaltete die tollsten Schiebungen, ließ unter den Beamten, den Schutzleuten, Warenhausangestellten, die für die Wahl als Legitimation zugelassenen Aufnahmescheine verteilen, zählte in Großbetrieben die Bürger bis zum Direktor hinauf zu ihren „Mitgliedern“ und suchte mit den zahlreichen, schwer kontrollierbaren Kleinbetrieben die Mehrheit zu gewinnen. Die SPD hatte 113, die USP 64, die KPD 62 Mandate erhalten. Die Kommunisten hatten dies Resultat vorausgesehen und im „Kommunist“ bereits am 3. Januar gesagt, die Massen würden die Sozialpatrioten, die sich auf schlaue Wahltricks glaubten verlassen zu können, zum Tempel hinausjagen. Der Beginn der auf das ganze Reich zurückwirkenden Kämpfe in Berlin tat ein übriges. „Nieder mit Ebert-Scheidemann und hinaus mit ihren Wortführern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen! Restlose Abdankung des Senats! Einsetzung von Volkskommissariaten! Ausscheiden aller bürgerlichen und rechtssozialistischen Elemente aus dem Soldatenrat!“ Das waren die Forderungen einer von den Kommunisten veranstalteten riesigen und teils bewaffneten Demonstration, die am 10. Januar vor dem Rathaus erschien. Gegen den Willen der Soldatenratsmehrheit machte auch ein Teil der Garnison mit⁷⁾. Der Arbeiter- und Soldatenrat stimmte ohne die ausscheidenden Rechtssozialisten den Forderungen zu und wählte in einen Rat der Volkskommissare, bestehend aus je drei Vertretern der KPD, der USP und des Soldatenrats. Henke, Frasunkiewicz, Kaiser, Rietschel und Drettmann von der USP und Knief, Dannat, Jannack und Bäumer von der KPD. Knief wurde in Abwesenheit in der Hoffnung auf seine baldige Genesung gewählt. Er hatte sich kurz vorher schon vom Krankenlager gegen die Überschätzung der Berliner Ereignisse und für Bremen gegen eine lokale, verfrühte Machtergreifung ausgesprochen. Neben dem Rat der Volksbeauftragten, in dem Henke und Frasunkiewicz den Vorsitz hatten, wurde ein Vollzugsrat eingesetzt, der aus den neun Leitern der Volkskommissariate (Schule und Bildung, Polizei und Gerichte, Ernährung, Finanzen, Volkswohlfahrt, Arbeit und Fabriken, Bauten und Wohnungen, Schifffahrt und Verkehr, Presse und Propaganda) und je drei Vertretern der USP und der KPD, insgesamt aus neun Unabhängigen und sechs Kommunisten bestand⁸⁾. Bre-

⁷⁾ Außerdem veranstaltete die „Junge Garde“ eine Demonstration auf dem Domschhof, auf der Konrad Brauckmüller die sozialistische Jugend zum Mitkämpfen für die proletarische Diktatur aufrief.

⁸⁾ Die Volkskommissariate wurden folgendermaßen besetzt:

1. Volkskommissariat für das Schul- und Bildungswesen:
Leiter: Hermann Böse, Beiräte: Heinrich Eildermann, Klawitter

men wurde zur selbständigen sozialistischen Republik erklärt, die Entwaffnung aller bürgerlichen Elemente binnen 24 Stunden angeordnet, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt, das Standrecht verhängt und ins Reich telegraphiert: „An alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands! Das Bremer Proletariat, empört über das Blutregiment der mit dem Ausbeutertum verbündeten Ebert-Regierung, hat sich heute, am 10. Januar 1919, losgesagt von jeder Gemeinschaft mit dem Blutterror der Bourgeoisie, der sich in Berlin im Kampfe gegen das Proletariat offenbart. Das Bremer Proletariat hat sein Geschick in die Hand einer eigenen proletarischen Volksregierung gelegt. Das Bremer Proletariat fordert den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat auf, sich ihm im Kampfe gegen das Blutregiment des Bürgertums anzuschließen.“

Der Rat der Volkskommissare, Bremen.“
In der Umgebung wurden am 11. Januar in Vegesack und Blumenthal die Behörden abgesetzt, was in Delmenhorst bereits am 8. Januar geschehen war.

Bereits am 13. Januar wirkte sich die Niederschlagung der revolutionären Arbeiter Berlins dahin aus, daß der Arbeiter- und Soldatenrat mit 101 gegen 88 Stimmen (bei den letzteren der von Frasunkiewicz geführte Teil der USP) die vom Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat gegen sechs Stimmen beschlossene Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung ablehnte. Am nächsten Tag unternahm auf Anstiften der SPD-Führer ein Teil der Garnison unter Führung des Soldatenrats Meyer, angeblich, um die völlige Entwaffnung der Garnison zu verhindern, einen Angriff gegen die bewaffneten Arbeiter. Wichtige Punkte der Stadt wurden besetzt, der Stadtkommandant Ecks und die Soldatenräte Jannack und Reimann verhaftet. Nachmittags mißlang ein Versuch, die Arbeiter der Weserwerft zu entwaffnen, wobei es vier Tote und Verwundete gab⁹⁾. Den ewig schwankenden, auf der Werft als Vermittler erscheinenden Henke hielten die Arbeiter für den

2. Volkskommissariat für das Polizei- und Gerichtswesen:
Leiter: Herold, Beiräte: Düe, Becker
3. Volkskommissariat für das Ernährungswesen:
Leiter: Vögeding, Beiräte: Klima, Grabowsky
4. Volkskommissariat für das Feuer- und Finanzwesen:
Leiter: Ertinger, Beiräte: August Hagedorn, Fritz
5. Volkskommissariat für die Volkswohlfahrt:
Leiter: Kerrls, Beiräte: Jörn, Kullrich
6. Volkskommissariat für das Fabrik- und Arbeitswesen:
Leiter: Radzuhn, Beiräte: Sommer, Osermann, Manthey
7. Volkskommissariat für das Bau- und Wohnungswesen:
Leiter: Starker, Beiräte: Götz, Hoyer
8. Volkskommissariat für Schifffahrt und Verkehrswesen:
Leiter: Schaare, Beiräte: Diedrichs, Schaper
9. Volkskommissariat für Presse und Propaganda:
Leiter: Alfred Faust, Beiräte: Störmer, Willems

In den Vollzugsrat wurden, neben den 9 Leitern der Volkskommissariate, Braune, Brauckmüller, Herold, Stockinger, Bremermann, Otto gewählt.

Schuldigen und hätten ihn bald niedergeschossen. Die Vorfälle des Tages wurden auf beiderseitige Mißverständnisse zurückgeführt und der Kompromiß geschlossen, alle Waffen in Depots niederzulegen und Wachen durch Arbeiter und Soldaten gemeinsam zu besetzen. Der Stadtkommandant trat zurück. Die Offiziere hatten der Garnison vergeblich ihre Hilfe angeboten, und die zum Eingreifen bereite, vor Bremen eingetroffene Verdener Artillerie, deren Erscheinen auf die Drahtzieher der Aktion hindeutet, zog wieder ab.

Die Lage verschärfte sich. Die gegenrevolutionären Zettelungen im Bürgertum wurden immer offener. Ärzte und Beamte drohten mit Streik. Die mit der Forderung nach Wiedereinsetzung von Senat und Parlament verbundene Kreditsperre machte der Räteregierung das Leben schwer. In Demonstrationen wurde gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts und andere radikale Schulreformen protestiert. Der Rat der Volkskommissare begann zurückzuweichen, hob die Vorzensur der bürgerlichen Presse und den Belagerungszustand auf. Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 19. Januar in aller Ruhe vor sich. Während die KPD am 21. Januar gegen die Finanzmanöver der Banken und Großindustriellen zum Generalstreik aufgerufen hatte, suchte sich eine kleine Gruppe der Kommunisten der Disziplin zu entziehen und führte am 20. und 21. Januar die Wiederholung der Aktion vom 14. Januar in umgekehrter Richtung durch, wobei die Garnison entwaffnet wurde. Die Sache wurde wieder eingereckt, doch lehnte die USP eine Teilnahme am Generalstreik ab. Am 21. Januar beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat gegen 17 Stimmen, für eine bremische Volksvertretung Wahlen auszuschreiben, die am 9. März stattfinden sollten. Doch die Tatarenberichte über Bremen hörten nicht auf, das Verlangen des Bürgertums nach Truppen zur Entwaffnung der Arbeiter wurde immer dringender.

Die Hetze gegen die revolutionären Arbeiter Bremens wurde genährt durch die Vorgänge am 27. und 28. Januar in Wilhelmshaven. Nach mancherlei Differenzen des dortigen unabhängig orientierten Einundzwanzigerrates mit der SPD hatte der Rat das nationalliberale „Wilhelmshavener Tageblatt“ beschlagnahmt und eine Zeitung „Die Tat“ gegründet. Als am 11. Januar

9) Organisator der bewaffneten Gegenwehr der Werftarbeiter war Julius Obadowski. Er gehörte zu den Linksradikalen und war im Krieg Feldwebel gewesen. Die Werftarbeiter zerschlugen den gegen die Bewaffnung der Arbeiter gerichteten Putsch und entwaffneten die Putschisten.

Ein Mitstreiter aus der Zeit der Revolution berichtet uns folgende Geschichte: Der besondere Stolz der Arbeiter, besonders der Frauen, war die „gute Stube“, die nur zu besonderen Festtagen betreten werden durfte. An einem Tag, als der Sturm den Schnee durch die Straßen fegte, hatte Genosse Obadowski zu einer Besprechung über militärische Fragen in seine Wohnung eingeladen. Als die Genossen vor der Tür standen und umständlich ihre Mäntel abschlugen und die Stiefel säubern wollten, trat ihnen die Frau des Hauses entgegen und sagte: „Laßt nur, Genossen, ischa Revolution“, und führte sie in die gute Stube.

Diese Äußerung zeigt, daß selbst die Frauen aus ihrer Lethargie herausgerissen worden waren und den Kampf der Männer zu dem ihrigen machten.

die Kommunisten die „Wilhelmshavener Zeitung“ besetzten, kam es zu einer Aktion der Decksoffiziere und Berufssoldaten mit dem Erfolg, daß beide Zeitungen freigegeben und zwei Berufssoldaten in den Rat aufgenommen wurden. Die nächsten Tage brachten Demonstrationen und Gegendemonstrationen, und am 27. Januar besetzten Arbeiter und Matrosen öffentliche Gebäude. Sie wurden aber bald durch die Berufssoldaten, die sich der Führung des seit Wochen heimlich mit der Aufstellung einer Offiziertruppe beschäftigten Kapitäns Ehrhardt unterstellten, in die Tausendmann-Kaserne vertrieben. Nachts mit Boots-Kanonen, Gasgranaten und Maschinengewehrfeuer bombardiert, mußte die Besatzung morgens die Waffen strecken. Es gab insgesamt acht Tote und zahlreiche Verwundete. Eine führende Rolle hatte der junge Lehrer Jörn gespielt, dem die Parteileitung der KPD in Bremen bereits wegen der Eigenmächtigkeiten am 20. und 21. Januar in Bremen mit dem Ausschluß drohte. Eine vielberedete Entführung des Geldbestandes der Wilhelmshavener Reichsbankstelle nach der Kaserne war ein Provokateurstückchen, das nie ganz aufgeklärt wurde. Es steht nur fest, daß die erst viel später entlarvte gerissene Polizeiagentin Schröder-Mahnke in Wilhelmshaven in Matrosenuniform umherlief und die Hände im Spiele hatte.

Für die Reichsexekution gegen Bremen führte die Reichsregierung als wichtigsten Grund die Gefährdung des Auslaufens der für den Transport amerikanischer Lebensmittel bestimmten Schiffe an. Von Gefährdung konnte keine Rede sein. Die Lohnforderungen der hundsgemein bezahlten und immer noch der vorsintflutlichen Seemannsordnung unterstellten Seeleute waren mehr als berechtigt und wurden in allen Häfen, vor allem auch in Hamburg, erhoben. Die Differenzen waren außerdem beigelegt, als Noskes Aktion begann. Aber angesichts der im ganzen Reiche flackernden Feuer mußte der Reichsregierung der alte radikale Brandherd Bremen als böses Beispiel für das Reich und vor allem für die Wasserkante um so gefährlicher erscheinen, als hier die Bewaffnung der Arbeiter trotz der bereits erfolgten Zugeständnisse an die bürgerliche Demokratie aufrecht erhalten worden war. Am Donnerstag, 30. Januar, meldete ein Telegramm, die Reichsregierung habe zur Wiederherstellung geordneter Zustände Truppen nach Bremen in Marsch gesetzt, worauf der bremische Rat der Volksbeauftragten mit einem Protesttelegramm antwortete, in dem es hieß: „In Bremen herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Differenzen zwischen Regierung und Bürgerschaft werden durch Verhandlungen gelöst. Spartakisten befinden sich nirgends an leitender Stelle.“

Nachts verhandelte noch eine Bremer Abordnung ergebnislos mit dem Hauptmann Danner, den die Division Gerstenberg, die aus in Berlin freigewordenen Truppen zusammengestellt war, als Unterhändler bestimmt hatte. Tags darauf telegraphierte der Arbeiter- und Soldatenrat Bremerhaven und der nach Bremen geeilte Vorsitzende des Soldatenrats des 9. Armeekorps an Noske, es herrsche Ruhe und Ordnung, die Lebensmittelschiffe könnten auslaufen, er solle die Truppen zurückziehen. Die in Hamburg versammelten, durch die Verordnung über die Kommandogewalt vom

19. Januar ohnehin aufgebrachten Vertreter des 9. Armeekorps telegraphierten: „Hamburg, 31. Januar. Die Delegierten des IX. Armeekorps protestieren mit aller Schärfe gegen die Entsendung von Truppen in den Bereich des IX. AK. Die Soldatenräte des IX. AK sind entschlossen, mit allen Mitteln für die Ordnung selbst einzustehen. Wir sehen in dem letzten Schritt der Regierung eine Kriegserklärung an das IX. AK und sind bereit, die letzten Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Soldatenräte des IX. AK sind entschlossen, die wenigen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und sind überzeugt, die überwiegende Mehrzahl der Soldatenräte hinter sich zu haben. Wir verlangen, daß die in den Bereich des IX. AK entsandten Truppen zurückgezogen werden.“

Mit der inzwischen weiter gegen Bremen vorgerückten Division wurde schließlich ein Waffenstillstand erzielt, wonach bis zum Sonnabend, 1. Februar, der Vormarsch einzustellen sei. Die Arbeiterschaft der ganzen Wasserkante empfand die Aktion gegen Bremen als Bedrohung. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ leitartikelte: „Sollen wir durch den Militarismus die Revolution erwürgen lassen?“ und fand scharfe Töne gegen Noske. Der große Arbeiterrat in Hamburg beschloß am Sonnabend mit 232 gegen 206 Stimmen auf Antrag Laufenbergs, der Soldatenrat des 9. Armeekorps solle unverzüglich alle gebotenen militärischen Maßnahmen ergreifen, sofortige Sicherung der Anmarschstraßen, Bewaffnung der Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden, Besetzung des Hafens. Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittellager, Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln. Die SPD war nur für Theaterdonner und stimmte fast geschlossen dagegen. Der Oberste Soldatenrat Hamburgs jedoch drohte Noske am selben Tage mit der Mobilisierung des 9. Armeekorps und der gesamten Arbeiterschaft Hamburgs, und der Bevollmächtigte des Sicherheitswesens, Vogler, telegraphierte nach Bremen: „In der Stunde der Gefahr stehen wir hinter euch.“ In Bremen hatte man sich dahin geeinigt, daß die Arbeiter die Waffen unter Kontrolle des Beauftragten des 9. Armeekorps an die vom Armeekorps dafür bestimmten Truppen abliefern sollten. Die Arbeiterratsmitglieder der Mehrheitssozialisten, die am 1. Februar wieder zu der Arbeiter- und Soldatenrats-Sitzung zugezogen wurden, baten unter Hinweis auf die Entwaffnungsabmachung telegraphisch in Berlin um Aufschub des Einrückens der Division. Am Sonntag, dem 2. Februar, kam morgens 3 Uhr, folgende Vereinbarung zustande: „Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korpssoldatenrat des IX. AK alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg und der Korpssoldatenrat des IX. AK verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag restlos erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolgt. Die Genos-

sen Rusch und Wrede (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht. Genosse Lampl vom Zentralrat und Leutnant v. Pritzelwitz, letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg, überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Lampl, Vorsitzender des Soldatenrats in Hamburg; K. Ertinger, J. Drettmann, Frasunkiewicz vom Rate der Volksbeauftragten Bremens, Waigand, Schindelhauer und Schelter als Vertreter der Mehrheitssozialisten, Graeger (Arbeiterrat Oldenburg), Rusch (Soldatenrat Groß-Hamburg), Libertin und Frese (Soldatenrat Bremen), Pool (Korpssoldatenrat des IX. AK), Behrens (Landtagsabgeordneter Oldenburg), Hauptmann Danner und Leutnant von Pritzelwitz (Div. Gerstenberg).“

Von den Unterzeichnern gehören Drettmann, Frasunkiewicz, Frese der USP, Ertinger der KPD, alle anderen, einschließlich des Hauptmanns Danner und des Junkers von Pritzelwitz, der SPD an. Henke, der Vorsitzende der Bremer Regierung der Volksbeauftragten, war am 2. Februar zur Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten zur Nationalversammlung nach Weimar gefahren. Am Montag beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig:

- „1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien und nach Verhältnis der abgegebenen Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu bleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.“

*) Auch der Major Caspari spielte dabei eine Rolle. Er hatte den Gerstenbergern eine Bremer Freiwilligentruppe von etwa 200 Mann zugeführt. In einem Erinnerungsartikel erzählt sein Adjutant, Oberstleutnant a.D. Klose: „Das militärische Eingreifen am 4. Februar 1919 war das Ergebnis vorausgegangener, damals streng geheim gehaltener Besprechungen der Vertreter der politisch und wirtschaftlich interessierten Kreise Bremens mit dem Major Caspari. Diese Besprechungen setzten sich später in der Reichskanzlei und bei Noske fort. Auch die Reichsregierung war von der Notwendigkeit des militärischen Eingreifens durchdrungen.“ — „Als am 3. Februar, abends, die Bremer Unterhändler nochmals nach Verden kommen, somit die Gefahr besteht, daß Hauptmann Danner sich auf weitere Verzögerungen einläßt, reißt Caspari die Geduld und er verlangt von Oberst Gerstenberg unter Hinweis auf den Noskeschen Befehl den Vormarschbefehl für den nächsten Tag.“ — Caspari wurde nach Bremens Eroberung in Anerkennung seiner Verdienste zum Stadtkommandanten, und später zum Polizeiobersten ernannt. In seiner Freiwilligentruppe spielte der Leutnant Fritz Fuhrmann eine hervorragende Rolle, der später als Fememörder zu Zuchthaus verurteilt wurde. — Der mehrfach erwähnte Hauptmann Danner wurde später Polizeioberst in Hamburg.

Bis Montagabend war Waffenruhe vereinbart, doch es kam zu Plänkeleien der Vorposten. Aber am Montagvormittag telegraphierte die Reichsregierung, die auf alle Protesttelegramme keine Antwort erteilt hatte, an die Division: „Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei den Nationalratswahlen. Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen. Sind diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen. Reichsregierung.“

Die letzte Differenz war mithin die Entwaffnung der Arbeiter vor dem Abzug der Division, denn die „Ablieferung der Waffen an die neugebildete Regierung“ wäre ebenfalls auf die Waffenabgabe an die Garnison herausgekommen, die ebenso wie der Vertreter des 9. Armeekorps gegen Noskes Verordnung zur Kommandogewalt rebellierte.“) Jedoch hatten Reinhardt und Lüttwitz Noske kategorisch erklärt, das Prestige der Truppenführung ertrage den Rückzug nicht. Als die ganze Wasserkante protestierte, war die von aufgetürmten Schwierigkeiten umgebene Reichsregierung schwankend geworden. Am 2. Februar kam während der Kabinettsitzung auch noch ein gegen den Gewaltakt mit Bergarbeiterstreik drohendes Telegramm aus dem Ruhrgebiet. Noske sagte dazu in einem Erinnerungsartikel am 8. November 1928 im Berliner „Acht-Uhr-Abendblatt“: „Ich steckte das Blatt in die Tasche und sagte von dem Inhalt meinen Kollegen kein Wort. Ich setzte durch, daß meinen Vorschlägen, am nächsten Morgen gegen Bremen zu marschieren, falls keine Unterwerfung erfolge, zugestimmt wurde.“

Während Noske so mit Lüttwitz im Rücken seine Mitregierer als nicht ganz verlässliche schlappe Kerle behandelte, schoben sich in Bremen die Gerstenberger weiter an die Stadt heran. Die Arbeiter hatten sich nicht, wie so oft in dieser Revolution, durch die Verhandlungen in Sicherheit wiegen lassen. Seit am 30. Januar das Alarmtelegramm aus Berlin die Fabriksirenen in Bewegung setzte, war an der Bewaffnung der Arbeiterschaft gearbeitet worden. Zu dem einem vorhandenen Geschütz fügte ein nächtlicher Handstreich beim Beginn der Kämpfe ein zweites. Doch war die Division Gerstenberg der geringen Zahl der im Kampfe ernsthaft zu wertenden Verteidiger, insgesamt etwa 500 Mann einschließlich einer aus Cuxhaven herbeigeeilten Abteilung Matrosen, militärisch weit überlegen. Mit Maschinengewehren und Handgranaten, Schrapnells, Minen und Granaten wurde der hartnäckige Widerstand der Arbeiter und Matrosen Schritt um Schritt niedergekämpft. Die Garnison hatte sich neutral erklärt und auf der Kaserne die weiße Fahne gehißt. Barrikaden wurden mit Geschützfeuer beseitigt. So drangen die im großen Bogen Bremen umfassenden Gerstenberger den weichenden Revolutionären bis an die Weserbrücken nach. Um 1 Uhr mittags hatte der Rat der Volksbeauftragten die Einstellung des aussichtslosen Kampfes befohlen. Aber die Kämpfer an den Brücken wichen nicht von ihren Plätzen. Selbst Panzerautomobile konnten an der Großen Weserbrücke nicht durchstoßen, und erst nach Stunden, nachdem die Angreifer eine große Zahl Minen gegen die Verteidiger der Brücke geschleudert hatten, vermochte das Korps

Caspari um 5.30 Uhr über die große Weserbrücke vorzudringen, während die Gerstenberger aus anderer Richtung am Marktplatz angekommen waren. Um 6.30 Uhr läuteten die Domglocken den Sieg der weißen Garden des Arbeiters Noske ein. Um die Kaiserbrücke jedoch, an der ein zerschossenes großes Gasleitungsrohr brannte, ging auch jetzt noch der Kampf weiter, bis dem allseitigen Vordringen die Arbeiter und Matrosen auch hier weichen mußten und auf glänzend durchgeführtem und gedecktem Rückzug die Gröpelinger Vorstadt und die Weserwerft erreichten. Auf dem Minensucher der Cuxhavener Matrosen, auf requirierten Lastautos und Schleppdampfern fuhr der Rest der Kämpfer weserabwärts nach Vegesack, wo sie vergeblich Nachrichten von der Hilfe Hamburgs erwarteten, um den Kampf wieder aufzunehmen. Die Fahrt wurde nach Bremerhaven fortgesetzt. Da sah man die Flüchtlinge so scheel an, daß erst durch Drohungen Verpflegung zu erhalten war. Dem Versuch, über die Nordsee Cuxhaven zu erreichen, machte ein Schneesturm, in dem ein Dampfer auf Strand gesetzt wurde und mühsam abgeschleppt werden mußte, ein Ende. Nur die Matrosen kamen trotz des Wetters nach Cuxhaven durch. Ehe die übrigen Kämpfer die Fahrt nach Bremerhaven zurück antraten, versenkten sie unter dem Gesang der Internationale ihre Waffen. Es gelang ihnen dann doch, auf dem Landweg das noch sichere Cuxhaven zu erreichen. . . Der Kampf hatte den Arbeitern 28, den Weißgardisten aber 46 Tote gekostet, während durchweg bei den Revolutionskämpfen umgekehrt die Arbeiter den weitaus größeren Teil der Opfer brachten. Es fehlte nicht die Erschießung eines Arbeiters „auf der Flucht“, die Ermordung eines anderen, weil er, als Gefangener im Lloyd-Bahnhof mit dem Gesicht zur Wand gekehrt, die ermüdeten Arme sinken ließ. Die weiße Justiz besorgte den Rest.

Den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde usw., auch Wilhelmshaven und anderen Orten wurde mit der Besetzung und der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Gerstenbergsche Ordnungstruppe sehr bald für das Wohlverhalten während der Bremer Kämpfe die Quittung zugestellt.

In Bremen herrschte die von Noske eingesetzte provisorische Regierung der Mehrheitssozialisten Rhein, Dammer, Deichmann, Wellmann, Winkelmann, die sich im April zur Koalition entwickelte. Während aller Versuche, den Einmarsch durch Verhandlungen zu verhindern, saß Deichmann im Stab der Division, die nichts unternahm, was Deichmann nicht billigte, wie Noske später ausdrücklich feststellte. Der Widerstand der Bremer Arbeiter war ungebrochen. Am 5. Februar wagten sich die Gerstenberger in voller Stärke gegen die Weserwerft vor, besetzten sie, holten die rote Fahne herunter und setzten den unter Führung von Höcker, Deisen und Miller stehenden Arbeiterrat ab. Aber schon am nächsten Tage flatterte die rote Fahne wieder über der Werft, hatte die Belegschaft die Wiedereinsetzung des Arbeiterrats, den Abzug der Truppen vom Werftgelände und die Bezahlung des Streiktages durchgesetzt. Die Weserwerft blieb denn auch das Zentrum der revolutionären Bewegung. Der massive Verrat der SPD-Führer im Februar, die Provokation des in der Stadtwehr organisierten Bürgertums, die Einkerkel-

rung revolutionärer Arbeiter führte zur Bildung des Einundzwanziger-Ausschusses der Betriebe ¹⁰⁾, dessen Forderungen der Senat wochenlang ignorierte. Am 13. April stellte der Ausschuß folgendes Ultimatum: Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der noch Verhafteten, Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer des 4. Februar, Gleichstellung der Lebensmittelbelieferung der Bevölkerung mit der Stadtwehr, Entwaffnung des Bürgertums und Bewaffnung der organisierten Arbeiter, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Als keine Antwort erfolgte, setzte am 15. April ein wichtig durchgeführter Generalstreik ein. Der Senat schickte das bewaffnete Bürgertum in provozierender Weise gegen die Arbeiter vor, wobei es wieder Tote und zahlreiche Verwundete gab. Massenhaft wurden Verhaftungen vorgenommen. Außerordentliche Kriegsgerichte verurteilten Arbeiter, die mit bewaffneten Bürgern aneinander geraten waren und ihnen den Schießprügel abgenommen hatten, wegen „Straßenraubes“ zu Zuchthaus bis zu 15 Jahren. Der Senat und sein Stadtkommandant leisteten sich einen beispiellosen Geniestreich. Auf Befehl begann ein bürgerlicher „Abwehrstreik“. Alle Geschäfte einschließlich der Milchläden und der Verkaufsstellen des Konsumvereins, die Gast- und Speisewirtschaften, die Apotheken und Krankenhäuser wurden geschlossen. Kein Arzt half den Kranken, keine Krankenpflegerin und Hebamme durfte arbeiten. Selbst das Wasserwerk wurde vom Senat stillgelegt, so daß die Bevölkerung aus der Weser schöpfen mußte. Dieser Wahnsinn brach nicht zuletzt am Widerstand des empörten kleinen Bürgertums, nach sechs Tagen zusammen, für alle Zeit die Erinnerung daran hinterlassend, wessen die sozialdemokratische Führerschaft im Kampfe gegen klassenbewußte Arbeiter fähig ist. Am 30. April wurde der Generalstreik mit einem Teilerfolg einheitlich und geschlossen abgebrochen.

¹⁰⁾ Vorsitzender des Einundzwanziger-Ausschusses war der Betriebsratsvorsitzende der Hansa Lloyd-Werke Max Opfermann, 1928 aus der KP ausgeschlossen, nach 1945 Mitarbeit in der Gruppe „Arbeiterpolitik“.

Der linksradikale Kader in der Zeit nach der Revolution

Nach der Wahl Paul Frölichs in die Zentrale der KPD ¹¹⁾, dem Tode Johann Kniefs und dem Ausscheiden des schwer erkrankten Adolf Dannats aus der revolutionären Arbeit, gab es keine überragende Persönlichkeit in der Bremer Arbeiterbewegung. Die Leitung des Ortsverbandes der Kommunistischen Partei fiel den in der betrieblichen Arbeit des linksradikalen Kaders großgewordenen Genossen zu: Willi Deisen (Vorsitzender), Seppl Miller (Ortssekretär), Karl Jannack (Bezirkssekretär), Ludwig Stein (M'Abt.) und Johann Brodmerkel u. a. Ein in den Betrieben fest verankerter, starker Vertrauenskörper trug die Politik der Partei. Nach dem gescheiterten Versuch einer linken Gewerkschaft („Arbeiterunion“) setzte sich auch in Bremen die Einheitsfrontpolitik durch, die ihre Aufgabe darin sah, in gemeinsam mit den reformistischen Arbeitern geführten Kämpfen, diesen die Erfahrungen zu vermitteln, derer sie bedurften, um den Übergang zum Kommunismus zu finden. In der Partei wurde nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus vorbildlich gearbeitet. Der Einfluß in den Gewerkschaften erreichte einen nicht wieder erlangten Höhepunkt. Die Erfolge dieser Arbeit machten es notwendig, ein parteieigenes Gewerkschaftsbüro einzurichten, das von Adolf Ehlers ¹²⁾ und D. Büsing geleitet wurde.

In krassem Gegensatz zu der Taktik der KPD unter ihrer Brandler-Thalheimer-Führung und dem linksradikalen Kader stand der von der Zentrale in Bremen eingesetzte Eugen Eppstein. Er versuchte ganz bewußt, den Graben zu den sozialdemokratischen Klassengenossen aufzureißen. In einer Rede am 1. Mai 1923 bezeichnete er z. B. alle Sozialdemokraten als „Schweine“. Durch sein provokatorisches Auftreten entstanden erhebliche Spannungen in der Bremer Organisation. Die in den Betrieben tätigen Funktionäre wandten sich entschieden gegen Eppstein. Jüngere Genossen, ohne die Klassenkampferfahrungen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und radikalisierte Sozialdemokraten, die durch die Vereinigung der KPD mit der USPD zur kommunistischen Bewegung gestoßen waren, konnte er jedoch für sich gewinnen. Sie glaubten, durch ihren „revolutionären“ Einsatz, der nur ein Scheinradikalismus war, den Reformismus überwinden zu können. Nach der politischen Niederlage der KPD im Oktober 1923 entfachte sich in der Partei eine Diskussion um die Ursachen des Mißerfolges. Die Ultralinken in der Zentrale um Fischer-Maslow bauten die Oktoberlegende auf,

¹¹⁾ Im November 1918 vereinigten sich die linksradikalen Gruppen Norddeutschlands zu den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“. Bei der Wahl der Delegierten zum Gründungsparteitag der KPD verzichtete Johann Knief auf die Kandidatur, da er mit dem Beschluß der IKD, die Wahlen zur Nationalversammlung abzulehnen, nicht einverstanden war. Daraufhin wurde Paul Frölich als Delegierter gewählt. Er kam als Vertreter der IKD in die Zentrale der KPD.

¹²⁾ Adolf Ehlers kam als kaufmännischer Gehilfe durch seinen Schwager Willi Deisen 1918 zur kommunistischen Bewegung. 1928 KPO, 1932 SAP, 1945 als Mitglied der KPD im Bremer Senat, 1946 wechselte er zur SPD und brachte es als Sozialdemokrat bis zum Innensenator und Bürgermeister Bremens.

die besagte, daß 1923 in Deutschland die gleiche revolutionäre, reife Situation wie 1917 in Rußland bestanden habe, und daß die damalige Zentrale der KPD, mit Heinrich Brandler an der Spitze, jedoch den Sieg verhindert habe. Der aus der Schule Pannekoeks und Kniefs hervorgegangene Bremer Parteikader widersetzte sich dieser falschen Auffassung, da er diese „reife“ Situation selber in den Betrieben erlebt hatte. Eppstein benutzte diese kritische Situation, die für die KPD dadurch fatal wurde, daß sie in den Strudel der fraktionellen Auseinandersetzungen der KPdSU hineingezerzt wurde, um den alten, marxistisch geschulten, im Klassenkampf erfahrenen, linksradikalen Kader zu schwächen. Nach der Durchsetzung neuer Statuten, die eine stärkere Zentralisierung mit sich brachten, konnte er fünf führende Bremer Funktionäre wegen ihrer Kritik an der ultralinken Politik ausschließen, u. a. Willi Deisen, J. Brodmerkel, L. Stein und A. Ehlers¹³⁾. Auch die zu der Zeit außerhalb Bremens tätigen Mitglieder des alten linksradikalen Kadere Karl Stucke, Josef Müller, Karl Jannack, Karl Becker und Paul Frölich gerieten in Gegensatz zur Politik Fischer-Maslows und ab 1925 zu der des ehemaligen USPlers Thälmann. Sie alle kämpften unentwegt in der KPD und anschließend der größte Teil in der KPO gegen die verheerende Auswirkung der ultralinken Politik: die Abtötung des kritischen Denkens im Funktionärskreis, und für eine unabhängige, den realen deutschen Verhältnissen entsprechende Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands.

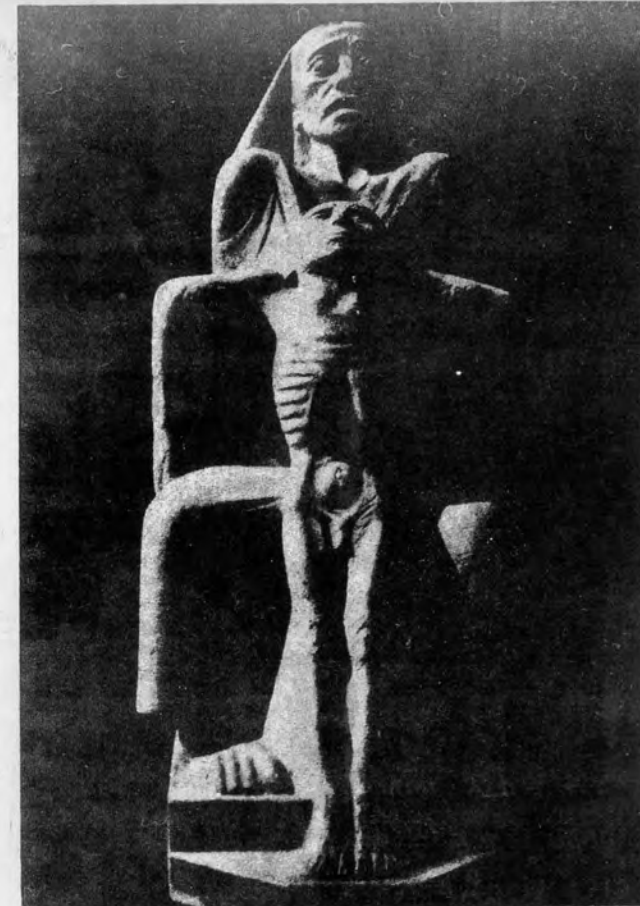
Zum Fazit der Entwicklung der KPD schrieb die „Arbeiterpolitik“ in Nr. 2/54: „Von der höchsten Höhe, die die kommunistische Partei eines hochentwickelten Landes je erklomm, stürzte die KPD in den tiefsten Abgrund. Hier aber liegt das Element der Einkehr, des siegreichen Wiederaufstiegs. Wenn jemals wieder der belebende Funke der Massenbewegung die deutschen Arbeiter zu neuen Taten entzündet, wenn jemals wieder die Urgewalten hervorbrechen, die im Schoße jeder Klasse schlummern, die Trägerin der Zukunft ist, dann wird die Vorhut der Klasse, reifer und geläutert durch bittere Erfahrungen, als das Unterpfand ihres Sieges hegen und pflegen, was das Herzblut der Bewegung ist – ihre politische Selbständigkeit.“

¹³⁾ Nach einem Jahr Ausschluß wurden die vier wieder in die Partei aufgenommen. Deisen kandidierte 1924 wieder für die KPD in der Bürgerschaftswahl.

Verwertetes Material:

Bremer Bürgerzeitung, Organ für die Interessen des Volkes
Bremen, einst und jetzt
Hinrich Wulff: Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft
Hansgeorg Conert: Entstehung, Politik und Theorie der Bremer Linken (unveröffentl.)
Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution
Breves: Bremen in der deutschen Revolution
Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Der Nachruf Dannats ist aus der „Arbeiterzeitung“, August 1922
Erschienen zum 50. Todestag Johann Kniefs im April 1969

Arbeiterpolitik Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Günter Kuhlmann
28 Bremen,-Huchting, Brügger Straße 14



Denkmal für die während der
Bremer Februarkämpfe 1919
ermordeten Arbeiter

Anton Ahlers
Wilhelm Max Ludwig Becker
Paul Ferdinand Böttcher
Friedrich Curdt
Otto Ewald
Robert Erhard
Johann Heinrich Ehmken
August Galinecke
Willi Glock
Friedr. Wilhelm Henze
Heinr. Hermann W. Hoffmann
Joh. Imber
Diedrich Kuhls
Anton Heinr. Krüger
Karl Kirschmann

Joh. Diétr. Friedr. Kotho
Karl Aug. Rich. Mesecke
Joh. Meyer
Rud. Prüter
Wilh. Rob. Pietsch
Erwin Rieger
Friedr. Karl Sturhahn
Karl Joh. Schikurz
Karl Robert Schneider
Bernh. Heinr. Tränser
Heinr. Wind gen. Schramm
Hermann Wallenstein
Heinr. Wessel
Wilhelm Wasserstraß
Wilh. Zielke